

Wolfram Kaiser/Christian Salm

Transition und Europäisierung in Spanien und Portugal

Sozial- und christdemokratische Netzwerke im Übergang von der Diktatur zur parlamentarischen Demokratie

Die sukzessive Erweiterung der heutigen Europäischen Union (EU) ist bisher vorwiegend als ein Aushandlungsprozess über die Beitrittsbedingungen analysiert und beschrieben worden. Dazu zählen Anpassungen des Rechts- und Verwaltungssystems von Beitrittsstaaten an das Gemeinschaftsrecht, den sogenannten *acquis communautaire*, Übergangsperioden für die Öffnung von Gütermärkten und die vollständige Implementierung der Freizügigkeit, Änderungen der komplexen budgetären Transfersysteme sowie institutionelle Reformen, etwa der Stimmrechte im Ministerrat und der Sitzzahl im Europäischen Parlament (EP). In der archivbasierten zeithistorischen Forschung zur Erweiterung der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hat sich das Interesse lange Zeit auf die zweimalige Ablehnung eines Beitritts Großbritanniens durch den französischen Präsidenten Charles de Gaulle nach Regierungsverhandlungen im Januar 1963 sowie erneut im Mai und November 1967 konzentriert.¹ Diese Forschungen haben sich bestenfalls mit der multilateralen Verhandlung über die Erweiterung zwischen den Mitgliedsstaaten der EWG, vor allem Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, beschäftigt.² Andere Akteure sind erst ansatzweise berücksichtigt worden. Das gilt beispielsweise für die Europäische Kommission als Verhandlungspartner der britischen Regierung im Auftrag der EWG-Mitgliedsstaaten zwischen 1961 und 1963³ oder für ihre Haltung in handelspolitischen Fragen gegenüber Francos Spanien in der ersten Hälfte der 1970er Jahre.⁴ Insgesamt ist diese Forschung zur EU-Erweiterung in zeithistorischer Perspektive bisher stark staats- und institutionenzentriert und hat die Mitgliedsstaaten als einheitliche und zielgerichtet handelnde Akteure der Integrationspolitik in dieser wie in anderen Fragen behandelt.⁵

Zugleich sind zeithistorische Forschungen über die Beitrittskandidaten aus einer ähnlich stark staatszentrierten Perspektive erfolgt. So hat beispielsweise Alan S. Milward die Politik Großbritanniens gegenüber der Gründung und weiteren Entwicklung Kerneuropas als eine kohärente »nationale Strategie« sukzessiver Regierungen nach 1945 dargestellt, die nach dieser Auffassung in erster Linie in klaren wirtschaftlichen Interessen begründet

1 *Wolfram Kaiser*, *Using Europe, Abusing the Europeans. Britain and European Integration, 1945–63*, Basingstoke 1999; *Melissa Pine*, *Harold Wilson and Europe. Pursuing Britain's Membership of the European Community*, London 2007.

2 *Piers Ludlow*, *Dealing with Britain. The Six and the First UK Application to the EEC*, Cambridge 1997.

3 *Ders.*, *The European Community and the Crises of the 1960s. Negotiating the Gaullist Challenge*, London 2006.

4 *Fernando Guirao*, *The European Community's Role in Promoting Democracy in Franco's Spain, 1970–1975*, in: *Jan van der Harst* (Hrsg.), *Beyond the Customs Union. The European Community's Quest for Deepening, Widening and Completion, 1969–1975*, Brüssel 2007, S. 163–193, allerdings mit irreführenden Thesen auf schmaler Quellenbasis.

5 Vgl. hierzu näher *Wolfram Kaiser*, *From State to Society? The Historiography of European Integration*, in: *Michelle Cini/Angela K. Bourne* (Hrsg.), *Palgrave Advances in European Union Studies*, Basingstoke 2006, S. 190–208. Siehe auch *Jost Dülffer*, *Europäische Integration zwischen integrativer und dialektischer Betrachtungsweise*, in: *AfS* 42, 2002, S. 521–543.

war.⁶ Für Dänemark hat Morten Rasmussen die Regierungspolitik in den Beitrittsverhandlungen analysiert, die 1973 zur Aufnahme in die seit 1967 administrativ integrierten Europäischen Gemeinschaften (EG) führte.⁷ Selbst zeithistorische Forschungen zu Norwegen, das 1972 erstmals in einem Referendum den schon ausgehandelten EG-Beitritt ablehnte, konzentrieren sich in erster Linie auf die Regierungspolitik und weniger auf die gesellschaftlichen Verwerfungen und kontroversen innenpolitischen Debatten über das Für und Wider einer Mitgliedschaft in einem integrierten europäischen Markt mit supranationalen Institutionen.⁸ Bislang ist nur ein Vergleich der neun zwischen 1973 und 1995 beigetretenen EG-Staaten und ihrer jeweiligen Europapolitik in einem Band versucht worden, der zumindest ansatzweise auch gesellschaftliche Akteure, innenpolitische Prozesse und transnationale Dimensionen berücksichtigt.⁹

Die neuere politikwissenschaftliche Forschung zur Osterweiterung um insgesamt zwölf neue Mitgliedsstaaten 2004/07 hat erstmals eine erweiterte Perspektive gewählt, in der die Rolle anderer institutioneller und gesellschaftlicher Akteure stärker berücksichtigt wird. Die »conditionality«-Literatur zum Erweiterungsprozess aus einer noch immer stark rationalistischen Perspektive betont zwar deutlich die Bedeutung materieller wie sozialer Vorteile EU-kompatiblen Handelns und analoger innenpolitischer Reformen für osteuropäische Akteure in dem langjährigen Transformationsprozess bis zum EU-Beitritt. Es haben jedoch vor allem soziologisch-institutionalistisch inspirierte Forschungen in der vergleichenden Politikwissenschaft und konstruktivistisch ausgerichtete Untersuchungen in den Internationalen Beziehungen verstärkt nach anderen Bedingungen für den Transfer informeller Institutionen wie Werte und Europabilder, für die Sozialisierung vor allem politischer Eliten sowie für die Internalisierung und Habitualisierung von EU-kompatiblen Verhaltensnormen und Politikpräferenzen gefragt.¹⁰ Vor allem diese Literatur begreift die EU-Erweiterung als einen breiteren Prozess der »Europäisierung« Europas. Dies ist ein unscharfer Begriff, der von der politikwissenschaftlichen Literatur in verschiedenen Bedeutungsvarianten benutzt wird¹¹, aber hier als ein Prozess politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Konvergenz im Kontext von EU-Erweiterungen verstanden wird.

Aus zeithistorischer Perspektive wirft das Paradigma der Europäisierung verschiedene konzeptionelle und methodische Fragen auf. So ließe sich vor allem einwenden, dass dieser Prozess nicht hinreichend als offen und auch reversibel verstanden wird; außerdem fasst die politikwissenschaftliche Literatur »Europäisierung« zu einseitig als Transfer von einem Kontext – der EU – in einen anderen – die Beitrittsstaaten – auf. Dazu wurde sie vor allem durch das krasse Ressourcen- und Machtgefälle zwischen der EU und den osteuropäischen Beitrittsstaaten im Verhandlungsprozess vor dem Beitritt verleitet. Die neuere historische Forschung hat Transferprozesse jedoch mit Recht viel stärker als wechsel-

6 Alan S. Milward, *The United Kingdom and the European Community*, Bd. 1: *The Rise and Fall of a National Strategy 1945–1963*, London 2002.

7 Morten Rasmussen, *Joining the European Communities. Denmark's Road to EC-membership, 1961–73*, Dissertation, Florenz 2004.

8 Vgl. etwa Hans Otto Frøland, *The Second Norwegian EEC-Application, 1967: Was There a Policy at all?*, in: Wilfried Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises. The European Union Project 1963–1969*, Baden-Baden 2001, S. 437–458. Dies im Gegensatz zu einschlägiger sozialwissenschaftlicher Literatur. Vgl. etwa Hilary Allen, *Norway and Europe in the 1970s*, Oslo 1979.

9 Wolfram Kaiser/Jürgen Elvert (Hrsg.), *European Union Enlargement. A Comparative History*, London 2004.

10 Vgl. zu den verschiedenen Ansätzen einfürend Frank Schimmelfennig, *Transnational Socialization. Community-building in an integrated Europe*, in: Wolfram Kaiser/Peter Starie (Hrsg.), *Transnational European Union. Towards a Common Political Space*, London 2005, S. 61–82.

11 Vgl. einfürend Claudio M. Radaelli, *Europeanization. Solution or Problem?*, in: Cini/Bourne, *Palgrave Advances in European Union Studies*, S. 56–76.

seitig konzipiert.¹² Im hier diskutierten Fall heißt das, dass sich nicht nur ein Beitrittsstaat, sondern auch die EU durch die Erweiterung spürbar transformiert. Doch soll der Begriff der Europäisierung für den Zweck dieses Beitrags lediglich für heuristische Zwecke fruchtbar gemacht werden, nämlich um die EU-Erweiterung in zeithistorischer Perspektive stärker als einen durchaus konfliktreichen und reversiblen gesellschaftlichen Prozess der Konvergenz und Integration zu verstehen.

Eine solche Forschungsperspektive könnte einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Spaltung in eine überwiegend konventionell politik- und diplomatiegeschichtliche EU-Historiografie einerseits und eine in Fragen der Integration und vor allem rechtlicher, ökonomischer und sozialer Dimensionen der EU unbedarften Gesellschaftsgeschichte Europas andererseits leisten.¹³

Empirisch soll dies hier am Beispiel der Vorgeschichte der EG-Süderweiterung um Spanien und Portugal 1986 veranschaulicht werden. Hierfür werden nicht die eigentlichen Regierungsverhandlungen thematisiert, in denen besonders die Integration Spaniens in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die EG-Fischereipolitik kontrovers war.¹⁴ Vielmehr wird danach gefragt, welche Funktionen transnationale sozial- und christdemokratische Netzwerke in der Phase des Regimewechsels und der anschließenden Transition hatten, als die Aussicht auf einen späteren EG-Beitritt und damit eventuell verbundene materielle oder andere Vorteile noch keine entscheidende Rolle spielen konnte. Solche parteipolitischen Netzwerke waren nur partiell formalisiert, d. h. auf EG-Ebene in dem gering institutionalisierten, im Jahr 1974 gegründeten Bund der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft sowie in der 1976 geschaffenen, stärker integrierten Europäischen Volkspartei (EVP). Vielmehr bestanden diese Netzwerke aus überlappenden Kontakten in diesen Organisationen, im EP, auf bilateraler Ebene sowie im Kontext von Aktivitäten parteinaher Stiftungen, vor allem der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) einerseits sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) andererseits. Die Untersuchung solcher politischer Netzwerke ermöglicht den analytischen Zugriff auf den stark informellen Charakter europäischer Politik.¹⁵ Diese Informalität der Politikprozesse hat auch die jüngere politikwissenschaftliche Forschung zu Politiknetzwerken im Regieren (»governance«) in der EU betont, wenngleich die Perspektive hier überwiegend auf die Politikkoordination durch *policy networks* staatlicher und nicht-staatlicher bzw. öffentlicher und privater Akteure in bestimmten Politikfeldern oder -fragen verengt ist.¹⁶

Nicht zuletzt wegen der wichtigen Rolle parteinaher Stiftungen für die Erforschung der jeweiligen nationalen Parteiengeschichte unterbleibt in der Regel eine parteiübergreifende

12 Vgl. etwa Michael Werner/Bénédicte Zimmermann (Hrsg.), *De la comparaison à l'histoire croisée*, Paris 2005; Matthias Middell (Hrsg.), *Kulturtransfer und Vergleich*, Leipzig 2000.

13 Für einige Anregungen hierzu vgl. Wolfram Kaiser, *Brussels Calling. Die Geschichte der Europäischen Union und die Gesellschaftsgeschichte Europas*, in: Arnd Bauerkämper/Hartmut Kaelble (Hrsg.), *50 Jahre römische Verträge. Supranationale Institutionen und transnationale Erfahrungsräume*, Stuttgart 2009 (i. E.).

14 Vgl. Carlos Closa/Paul M. Heywood, *Spain and the European Union*, Basingstoke 2004, S. 20; Gerhard Brunn, *Die Europäische Einigung von 1945 bis heute*, Stuttgart 2002, S. 247 ff.; Julio Crespo MacLennan, *Spain and the Process of European Integration, 1957–85*, Basingstoke 2000, 161 ff.

15 Vgl. in zeithistorischer Perspektive Wolfram Kaiser, *Bringing History Back In To the Study of Transnational Networks in European Integration*, in: *Journal of Public Policy* 29, 2009, H. 2, S. 223–239; Keith Middlemas, *Orchestrating Europe. The Informal Politics of European Union 1973–1995*, London 1995.

16 Für einen Überblick vgl. Eva Sørensen/Jacob Torfing (Hrsg.), *Theories of Democratic Network Governance*, Basingstoke 2007.

vergleichende Perspektive.¹⁷ Für die Bewertung der Aktivitäten EG-basierter parteipolitischer Netzwerke im Prozess der Transition auf der iberischen Halbinsel und für den Einschluss spanischer und portugiesischer Parteieliten in die bestehenden Netzwerke erscheint ein vergleichender Blick auf die beiden größten europäischen Parteienfamilien jedoch besonders nützlich – dies vor allem, um die Bedingungen für eine erfolgreiche transnationale Intervention in den Aufbau nationaler, mit bestehenden EU-Strukturen kompatibler Parteien und weltanschaulicher Programme auszuloten. Zu diesem Zweck werden hier zunächst für beide Parteifamilien die Akteure und transnationalen Aktivitäten im Prozess der Transition untersucht sowie deren mögliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Parteien in Spanien und Portugal und die Europapolitik beider Länder angesprochen. Sodann wird vergleichend diskutiert, welche historisch-kulturellen und innenpolitischen Faktoren den Transfer von Parteistrukturen und Programmen erleichtert oder erschwert haben könnten. Abschließend sollen methodische Probleme dieser Form historischer Netzwerkforschung angesprochen, aber auch ihr Potenzial für eine erneuerte Forschung zur Geschichte der EU-Erweiterungen als Europäisierung bis hin zur jüngsten Osterweiterung und generell für eine transnationale Zeitgeschichte Europas diskutiert werden.

I. SOZIALDEMOKRATISCHE NETZWERKE: DER KURZE MARSCH NACH BAD GODESBERG

Die Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien Spaniens und Portugals mit anderen westeuropäischen Parteien ermöglichte während der Transition von einem diktatorischen zu einem demokratischen System eine starke internationale Unterstützung für beide Länder. Das galt gleichermaßen für die Verbindungen der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens, *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE), wie der Sozialistischen Partei Portugals, *Partido Socialista* (PS), mit der Sozialistischen Internationale (SI) und deren Mitgliedsparteien. Nach der erfolgreichen Konsolidierung der jungen Demokratien erleichterte die enge Zusammenarbeit zwischen den Parteien auch die EG-Süderweiterung.

Als transnationales institutionalisiertes Meta-Netzwerk sozialistischer Parteien entwickelte sich das Engagement der SI für die PSOE und die PS aus der selbst auferlegten Verpflichtung, moralische und materielle Unterstützung für demokratische Sozialisten zu leisten, die im Untergrund oder im Exil gegen diktatorische Regime in ihren Heimatländern kämpften. Die frühe Unterstützung der SI für die PSOE zu Beginn der 1950er Jahre in Form von zeitlich befristeten Kommissionen für spanische Angelegenheiten leitete sich aus der historischen Verbindung beider Organisationen ab. Die PSOE war 1951 eines der Gründungsmitglieder der SI gewesen.¹⁸ Doch erst im Januar 1974 richtete die SI zur Beobachtung der politischen Lage in Spanien und der organisatorischen und programmatischen Entwicklung der PSOE und deren Stellung im spanischen Parteiensystem eine dauerhafte Arbeitsgruppe ein.¹⁹

Die portugiesischen Sozialisten erhielten gezielte Unterstützung von der SI, nachdem die zu Beginn der 1960er Jahre entstandene Freiheitsbewegung, *Acção Socialista Portuguesa* (ASP), als ordentliches Mitglied 1972 in die Organisation aufgenommen worden

17 Siehe jedoch *Jürgen Mittag* (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklungen und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa*, Essen 2006.

18 Vgl. *Pilar Ortuña Anaya*, *European Socialists and Spain. The Transition to Democracy 1959–77*, Basingstoke 2002, S. 9 und 19; *Charles Powell*, *International Aspects of Democratization. The Case of Spain*, in: *Laurence Whitehead* (Hrsg.), *The International Dimensions of Democratization. Europe and the Americas*, Oxford/New York 1996, S. 285–314, hier: S. 300.

19 Vgl. *Ortuña Anaya*, *European Socialists and Spain*, S. 33 ff.; *Powell*, *International Aspects of Democratization. The Case of Spain*, S. 302.

war.²⁰ Etwa ein Jahr später wandelte sich die Freiheitsbewegung in die PS um.²¹ Unter Beteiligung des Generalsekretärs der PS, Mário Soares, fassten die Teilnehmer der Konferenz der europäischen Sozialisten in Stockholm im August 1975 den Beschluss, im Rahmen der SI ein auf höchster Ebene angesiedeltes, partiell formalisiertes Parteinetzwerk zur Förderung des portugiesischen Demokratisierungsprozesses zu gründen.²² Die Initiative für diesen Zusammenschluss kam vom Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Willy Brandt, der auch den Vorsitz des am 6. September 1975 in London gegründeten Freundschafts- und Solidaritätskomitees für Demokratie und Sozialismus in Portugal (FSKDSP) übernahm.²³ Das Komitee sollte alle Möglichkeiten der Unterstützung einer demokratischen Entwicklung in Portugal im Parteienbereich koordinieren und gleichzeitig mit den portugiesischen Sozialisten Verbindung halten.²⁴ Darüber hinaus versuchte das Komitee, bestehende Kontakte zu den Regierungen und Parlamenten der EG-Mitgliedsstaaten sowie zu den europäischen Institutionen zu nutzen, um die Beziehungen Westeuropas und der EG zu Portugal zu beeinflussen.

Zwei wichtige Mittler im Verhältnis zu den Institutionen der EG waren der Bund der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft sowie die Sozialdemokratische Fraktion im EP. Obwohl sich der Bund und die Fraktion als Repräsentanten der europäischen sozialistischen Parteienfamilie verstanden, gelang es ihnen nicht, ein stärkeres Eigenleben innerhalb der SI zu entwickeln und als eigenständiger Akteur in den iberischen Transitionsprozessen aufzutreten. Vor allem wegen der nur schwach entwickelten organisatorischen Integration des Bundes blieben die SI und ihre größten Mitgliedsparteien die dominierenden Akteure in den transnationalen Aktivitäten der europäischen Sozialisten in den Demokratisierungsprozessen in Spanien und Portugal.

Die SPD und die britische Labour Party spielten in den 1970er Jahre als transnationale Akteure in der SI, im Bund und als Regierungsparteien in ihren Heimatländern eine zentrale Rolle.²⁵ Hingegen strebten die französischen Sozialisten unter der Führung ihres Parteivorsitzenden François Mitterrand die Zusammenarbeit mit den Kommunisten an, um ihre Chancen für eine Regierungsübernahme in Frankreich zu erhöhen.²⁶ Diese strategische Orientierung begründete das Interesse der französischen Sozialisten an den iberischen kommunistischen Parteien und schwächte ihre bis zum Beginn der 1970er Jahre engen

20 Vgl. Rainer Eisfeld, *Sozialistischer Pluralismus in Europa. Ansätze und Scheitern am Beispiel Portugals*, Köln 1984, S. 48.

21 Ebd.; Patrik von zur Mühlen, *Die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Von den Anfängen bis zum Ende des Ost-West-Konflikts*, Bonn 2007, S. 203.

22 *Le Monde*, 5.8.1975. Mitglieder des Komitees waren der schwedische Ministerpräsident Olof Palme, der britische Premierminister Harold Wilson, der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky, der französische Sozialistenführer François Mitterrand, der niederländische Ministerpräsident Joop den Uyl und der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt.

23 *Neue Züricher Zeitung*, 8.9.1975; vgl. von zur Mühlen, *Die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung*, S. 205; Peter Merseburger, Willy Brandt. 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart/München 2002, S. 748f.; Juliet Antunes Sablosky, *Transnational Party Activity and Portugal's Relations with the European Community*, Paper prepared at the Fourth Biennial International Conference of the European Community Studies Association May, 11–14, 1995, S. 1 f.

24 Aufzeichnung Hans Eberhard Dingels, hauptamtlicher Leiter der Internationalen Abteilung beim SPD-Parteivorstand, über die Konferenz der Regierungschefs und Vorsitzenden in Stockholm am 2.8.1975 auf Einladung von Olof Palme, 4.9.1975, Archiv der sozialen Demokratie (AdSD), SPD-Parteivorstand (SPD-PV), 11490.

25 Vgl. Geoffrey Pridham, *The Politics of the European Community, Transnational Networks and Democratic Transition in Southern Europe*, in: ders. (Hrsg.), *Encouraging Democracy. The International Context of Regime Transition in Southern Europe*, Leicester 1991, S. 212–245, hier: S. 239.

26 Ortuña Anaya, *European Socialists and Spain*, S. 121.

Beziehungen zu den spanischen und portugiesischen Schwesterparteien.²⁷ Dennoch sicherten sie das Überleben der PSOE als politische Organisation im Exil in Toulouse²⁸ und ermöglichten Soares bis zu seiner Rückkehr nach Lissabon, von Paris aus die Aktivitäten der ASP/PS zu lenken.

Durch den intensiven Informationsfluss von den spanischen und portugiesischen Sozialisten zu den Kontaktausschüssen der Abteilungen für internationale Beziehungen ihrer Parteivorstände hatten die Labour Party und die SPD eine gute Kenntnis der politischen Entwicklungen während der Demokratisierungsprozesse. Durch die langjährigen Hilfstätigkeiten der 1959 gegründeten Arbeitsgruppe *Spanish Democrats Defence Committee* (SDDC) für politische Repressionsopfer des Franco-Regimes verfügte die Labour Party bereits vor dem Regimewechsel in Spanien über gute Beziehungen zu verschiedenen in Spanien aktiven sozialistischen Oppositionskräften und hatte demzufolge genaue Informationen zur Situation der PSOE.²⁹ Ein Mitarbeiter der SDDC war zugleich Mitarbeiter der SI und informierte die zeitlich befristeten Kommissionen sowie die spätere Spanien-Arbeitsgruppe der SI über die dortige politische Lage.³⁰ Die SPD nahm aufgrund der umfangreichen Aktivitäten der FES in Spanien und Portugal in den 1970er Jahren eine dominierende Rolle in den transnationalen Netzwerken ein.³¹ Die spanische Historikerin Pilar Ortuña Anaya hat die FES sogar als »German engine of Spanish democratization«³² bezeichnet. Gleiches gilt auch für die Rolle der FES in der portugiesischen Demokratisierung.

Enge Kontakte zu den portugiesischen Sozialisten unterhielt die FES ab Mitte der 1960er Jahre.³³ Ab 1967/68 pflegte die Leiterin des Lateinamerika-Referats der FES, Elke [Esters-]Sabiell³⁴, diese Kontakte.³⁵ In Zusammenarbeit mit Soares organisierte sie im April 1973 eine Klausurtagung in Bad Münstereifel für in der Illegalität und im Exil lebende ASP-Aktivist*innen, die die FES und die SPD finanzierten.³⁶ Bei dieser Konferenz schlossen sich die ASP-Aktivist*innen formell zur PS zusammen. Insofern spielten die FES und die SPD eine zentrale Rolle bei der Gründung der PS.³⁷ Nach der Ablösung des diktatorischen Salazar-Regimes durch die linksgerichtete Bewegung der Streitkräfte, *Movimento das Forças Armadas* (MFA), am 25. April 1974, unternahm [Esters-]Sabiell gemeinsam mit Winfried Böll vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) im Mai 1974 eine Sondierungsreise nach Lissabon, um die Möglichkeiten einer FES-Soforthilfe für die PS zu erkunden.³⁸ Die Reise war von Hans-Jürgen Wischniewski, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Internationale Beziehungen beim SPD-Parteivorstand, mit Soares vereinbart worden. Um die dringendsten Probleme der PS wie ihren geringen Organisationsgrad zu beheben sowie ihren Funktionären staatsbürgerliche Informationen zu vermitteln, schlugen [Esters-]Sabiell und Böll in Übereinstimmung mit Soares

27 Vgl. Powell, *International Aspects of Democratization: The Case of Spain*, S. 301.

28 Ortuña Anaya, *European Socialists and Spain*, S. 121.

29 Ebd., S. 71 ff.

30 Ebd., S. 98.

31 Powell, *International Aspects of Democratization: The Case of Spain*, S. 301.

32 Ortuña Anaya, *European Socialists and Spain*, S. 171.

33 Aktennotiz [Esters-]Sabiell betr. Portugal, 1.10.1974, AdsD, SPD-PV, 11484.

34 Geb. Sabiell, gesch. Esters.

35 Vgl. von zur Mühlen, *Die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung*, S. 201.

36 [Esters-]Sabiell, Interview 9.12.2008.

37 Von zur Mühlen, *Die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung*, S. 203; Eißfeld, *Sozialistischer Pluralismus in Europa*, S. 48; Pridham, *The Politics of the European Community*, S. 240; Bernd Rother, *Der verhinderte Übergang zum Sozialismus. Die Sozialistische Partei Portugals im Zentrum der Macht*, Frankfurt am Main 1985, S. 74.

38 Aufzeichnung [Esters-]Sabiell/Winfried Böll über die Reise nach Lissabon vom 8. bis 11.5.1974, 14.5.1974, AdsD, Depositum Bruno Friedrich, 1/BFAA 001535.

die Förderung der Arbeit der PS-Bildungseinrichtung *Coopertiva Cultural de Estudios e Documentação* (Coordenadas) durch die Entsendung von FES-Experten für Organisationsfragen und politische Erwachsenenbildung vor. Es wurde geplant, dass FES-Experten gemeinsam mit Mitarbeitern von Coordenadas eine Reihe von Veranstaltungen zu Themen wie Institutionen der modernen Demokratie, Entwicklung in Europa, die europäischen Institutionen und die Rolle Portugals, Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und Möglichkeiten der politischen Organisation durchführen sollten.

In Spanien setzte der Demokratisierungsprozess kurz nach dem Tod Francos am 20. November 1975 ein. Schon drei Tage zuvor reiste Dieter Koniecki für vier Wochen nach Madrid, um im Auftrag der FES die Voraussetzungen einer längerfristigen gesellschaftspolitischen Arbeit zu prüfen.³⁹ In Gesprächen des jungen Generalsekretärs der PSOE Felipe González mit den beiden deutschen sozialdemokratischen Ministern Hans Matthöfer und Egon Bahr war als Fokus dieser Sondierungsreise und der künftigen Arbeit der FES in Spanien der organisatorische Aufbau der spanischen Partnerorganisationen festgelegt worden.⁴⁰ Bereits im Frühjahr 1976 eröffnete die FES ein Büro in der spanischen Hauptstadt.⁴¹ Die Zusammenarbeit der SPD und der FES mit der PSOE wurde weiterhin erleichtert durch die politische Grundsatzentscheidung Brandts und seiner engen politischen Freunde, des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme und des österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky, am Rande des SPD-Parteitags in Mannheim am 13. November 1975, die PSOE nunmehr als einzigen politischen Partner auf Parteiebene in Spanien zu betrachten.⁴² Diese Entscheidung schuf die notwendige Vertrauensbasis für die transnationale Arbeit aller europäischen Sozialdemokraten in Spanien. Zuvor hatten sich SPD und FES lange Zeit nicht in den 1972 offen ausgebrochenen Machtkampf um die PSOE-Parteiführung zwischen der Gruppe im Exil um Rodolfo Llopis, der moderaten PSOE *histórico*, und der Gruppe um González in Spanien, der marxistisch angehauchten PSOE *renovado*, eingemischt und auch mit anderen sozialistischen und sozialdemokratischen Gruppierungen Kontakte unterhalten.⁴³ Auch bezogen weder die SPD noch die FES Position für eine der beiden PSOE-Gruppen, als die SI die Mitgliedschaft der gesamten PSOE wegen der zunehmenden Schärfe der Auseinandersetzung suspendierte und in den Netzwerken der europäischen Sozialdemokraten die Diskussion entbrannte, welche der beiden Gruppen als einzige sozialistische Partei Spaniens anzuerkennen wäre.⁴⁴ Selbst nachdem González den Machtkampf um die Parteiführung für sich entschieden hatte und die SI die PSOE *renovado* als alleinige Repräsentantin der spanischen Sozialisten im Januar 1974 anerkannte⁴⁵, behandelten die SPD und die FES die PSOE *renovado* zwar als Mitglied der SI; beide Organisationen unterhielten jedoch weiterhin Kontakte zu allen Gruppen des breit gefächerten Spektrums des demokratischen Sozialismus in Spanien, um beim Übergang zu einem parlamentarischen System auf eine breite Koalition der linken Kräfte hinzuwirken.⁴⁶

39 Sachbericht Dieter Koniecki über eine Sondierungsreise nach Spanien im Auftrag der FES vom 17.11. bis 14.12.1975, 13.12.1975, AdsD, Depositum Bruno Friedrich, 1/BFAA 001539.

40 Ebd.

41 *Von zur Mühlen*, Die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 214.

42 Ebd.; Dingels, Interview 10.12.2008.

43 Brief Dingels an Dr. Dietrich Schilling, Bundeskanzleramt, 11.8.1972, Willy Brandt Archiv im AdsD (WBA), Bundeskanzler, Bundesregierung, A8, 28.

44 Vermerk Dingels für [Esters-]Sabiell betr. Spanien, 29.8.1974, AdsD, SPD-PV, 11545. Vgl. auch *Cäcilie Schildberg*, Das Verhältnis von deutschen Sozialdemokraten und spanischen Sozialisten nach dem Ende des Franco-Regimes, unveröffentlichte Magisterarbeit, Bochum 2004, S. 57.

45 *Richard Gillespie*, *The Spanish Socialist Party. A History of Factionalism*, New York 1989, S. 264 ff.

46 Vermerk Dingels für [Esters-]Sabiell betr. Spanien, 29.8.1974, AdsD, SPD-PV, 11545.

Aufgrund ihrer Überzeugung, dass González als jungem Politiker die Zukunft in einem demokratischen Spanien gehörte, und wegen ihres guten Kenntnisstandes über die Situation der PSOE leistete die Labour Party intensive Überzeugungsarbeit für die PSOE *renovado* im SI-Netzwerk und dominierte die Entscheidung über ihre Anerkennung.⁴⁷ Trotz ihrer langen Unentschlossenheit für nur einen politischen Partner in Spanien war es jedoch von allen europäischen SI-Parteien die SPD, die der PSOE *renovado* die größte Unterstützung zukommen ließ.⁴⁸ Bei einem Treffen zwischen Brandt und González in Bonn am 23. April 1975 entstand die Idee, dass González eine Reise in die skandinavischen Länder, die Niederlande und Österreich unternehmen sollte, um sich über die Vorstellungen der europäischen Sozialdemokratie in programmatischen Fragen zu informieren.⁴⁹ Brandt setzte später auch gegen die Haltung der spanischen Behörden die Teilnahme von González am SPD-Parteitag in Mannheim im November 1975 durch.⁵⁰ Die Idee einer Informationsreise aufgreifend, entwarf der Leiter der Internationalen Abteilung beim SPD-Parteivorstand Hans Eberhard Dingels einen Brief an Kreisky und Palme sowie die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Finnlands, Kalevi Sorsa, Dänemarks, Anker Jørgensen, und der Niederlande, Joop den Uyl, sowie an den Vorsitzenden der Norwegischen Arbeiterpartei Reiulf Stehen, verbunden mit der Mitteilung, die SPD werde die Kosten der Reise tragen.⁵¹ Dingels bestätigte González am 21. Juli 1975 die Informationsreise zu den sozialdemokratischen Schwesterparteien Mittel- und Nordeuropas für den folgenden Herbst.⁵² Mit dieser Reise verhalf die SPD González auf die große europäische Politikbühne.⁵³ Sein Auftritt beim SPD-Parteitag sicherte ihm die Unterstützung der europäischen Sozialdemokratie für die Aktivitäten der PSOE im spanischen Demokratisierungsprozess.

Die Reise von González zu den Schwesterparteien verbesserte das Image der spanischen Sozialisten im eigenen Land. Sie zeigte den anderen politischen Kräften wie auch der Öffentlichkeit, dass die europäischen Sozialdemokraten hinter ihren spanischen Partnern standen. Die intensiven Kontakte von González zu den drei führenden Vertretern der europäischen Sozialdemokratie, Brandt, Palme und Kreisky, förderten dessen Neuausrichtung auf die programmatische Identität der sozialdemokratischen Parteien in Mittel- und Nordeuropa. Nachdem sich die PSOE in den Anfängen des Demokratisierungsprozesses ideologisch noch mehrheitlich als marxistische Partei verstanden hatte, betonte González im Oktober 1977 auf die Frage, welches ausländische Modell er sich für die PSOE als am passendsten vorstelle, er dachte dabei vor allem an die skandinavischen Länder.⁵⁴

Für die Entwicklung von einer marxistischen Klassenpartei hin zu einer westeuropäischen Volkspartei war der Zusammenschluss aller sozialistischen Gruppen in Spanien wichtig. Die SI unterstützte den Wunsch der PSOE-Führung, eine enge Zusammenarbeit

47 *Ortuña Anaya*, *European Socialists and Spain*, S. 31.

48 *Powell*, *International Aspects of Democratization. The Case of Spain*, S. 301.

49 Aufzeichnung Dingels über das Gespräch González mit Brandt, 23.4.1975, AdsD, SPD-PV, 11491.

50 Vgl. z. B.: *Ortuña Anaya*, *European Socialists and Spain*, S. 175 ff.; *von zur Mühlen*. Die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 213.

51 Entwurf eines Briefes von Dingels für Kreisky, Palme, Sorsa, Joergensen [sic!], den Uyl, AdsD, SPD-PV, 11490.

52 Brief Dingels an González, 21.7.1975, AdsD, SPD-PV, 11491.

53 Vgl. *Powell*, *International Aspects of Democratization. The Case of Spain*, S. 303; *Mathieu Trouvé*, *Solidarités et réseaux hispano-allemands. Le cas de relations entre le SPD et le PSOE*, in: *Jürgen Elvert/Sylvain Schirmann* (Hrsg.), *Changing Times. Germany in the 20th-Century. Continuity, Evolution and Breakdowns*, Berlin/New York 2008, S. 141–158, hier: S. 152.

54 Analyse Koniecki über die PSOE vor der Sitzung der SI in Madrid vom 14.–16.10.1977, 14.10.1977, AdsD, Depositum Bruno Friedrich, 1/BFAA 001541.

mit den regionalen PSOE-Parteien und anderen sozialistischen Gruppen durch die Organisation verschiedener Konferenzen herzustellen.⁵⁵ Da die PSOE nur nach der Überwindung ihrer Spaltung sehr gute Wahlchancen haben würde, setzte sich die SPD für die Versöhnung der beiden PSOE-Lager ein und forderte die PSOE *histórico* von Llopió dazu auf, die PSOE *renovado* zu unterstützen.⁵⁶ Für den Auftakt des Wahlkampfes zu den ersten freien Parlamentswahlen in Spanien nach mehr als 40 Jahren im Juni 1977 führte die PSOE gemeinsam mit der Sozialistischen Fraktion des EP und dem Bund eine gemeinsame Veranstaltung unter Teilnahme führender europäischer Sozialdemokraten durch, um ihre Verbundenheit mit der Schwesterpartei zu demonstrieren.⁵⁷

Im Gegensatz zu González war der portugiesische PS-Vorsitzende Soares durch seine regelmäßige Teilnahme an den von der SI organisierten informellen Parteiführertreffen mit den wichtigsten sozialistischen Politikern in Europa bekannt.⁵⁸ Auf der SI-Konferenz im Januar 1973 verteilte Soares einen Bericht über die politische Lage in Portugal an die Parteivorsitzenden. Er forderte sie dazu auf, sich so lange einer denkbaren Integration Portugals in die EG zu widersetzen, bis das Salazar-Regime abgesetzt sei.⁵⁹ Hingegen hatten sich Brandt und Soares – inzwischen Außenminister der portugiesischen Übergangsregierung – bis zu dessen Besuch am 3. Mai 1974 im Bundeskanzleramt nur flüchtig gekannt.⁶⁰ Nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler reiste Brandt als SPD-Parteivorsitzender im Oktober 1974 nach Lissabon, um sich über die Lage in Portugal zu informieren und durch seine Teilnahme am Parteitag der portugiesischen Sozialisten die noch junge Schwesterpartei national wie international aufzuwerten.⁶¹ Da die MFA als Träger des Umsturzes keineswegs eine durch eine gemeinsame politische Ideologie und ein gemeinsames politisches Programm geeinte Bewegung war, kam es nach der erfolgreichen Einleitung des Demokratisierungsprozesses zu heftigen politischen Positionskämpfen, die auch die neu gegründeten und im Aufbau befindlichen portugiesischen Parteien involvierten.⁶² Die Auseinandersetzungen gipfelten in dem Putschversuch des ehemaligen konservativen Übergangspräsidenten General António de Spínola im März 1975, kurz vor der im MFA-Programm zum demokratischen Systemwandel vorgesehenen Wahl zu einer Verfassungsgebenden Versammlung im April 1975.⁶³ Dadurch wurde in der MFA eine starke Gewichtsverlagerung nach links ausgelöst, die den portugiesischen Kommunisten vorübergehend mehr politischen Einfluss brachte.⁶⁴

Zuvor hatte der PS-Staatssekretär im portugiesischen Außenministerium, Jorge Campinos, auf dem Parteitag der französischen Sozialisten im Februar 1975 den deutschen SPD-Vertreter Dingels vor der Gefahr eines Rückfalls in eine Rechtsdiktatur oder das

55 Aufzeichnung Isenberg über die Sitzung des Spanien-Komitees der SI am 13.9.1974, 7.10.1974, AdsD, SPD-PV, 11931.

56 Dingels, Interview 10.12.2008.

57 Protokollnotiz über die Gemeinsame Sitzung des Fraktionsvorstandes der Sozialistischen Fraktion im EP, des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der EG und der PSOE am 16.2.1977 in Brüssel, AdsD, Depositum Bruno Friedrich, 1/BFAA 001541.

58 *Anna Mónica Fonseca*, *Western Germany and the Portuguese Transition to Democracy*, IRPI Working Paper 40, 2008, URL: <http://www.ipri.pt/publicacoes/working_paper/working_paper.php?idp=304> [13.3.2008].

59 Report on SI-Party Leaders Conference, Paris, 13–14 January 1973, Confidential Summary, in: WBA, Ollenhauer-Haus, 69.

60 *Willy Brandt*, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*, Hamburg 1976, S. 629.

61 Ebd., S. 630.

62 Vgl. *Beate Kohler*, *Politischer Umbruch in Südeuropa. Portugal, Griechenland, Spanien auf dem Weg zur Demokratie*, Bonn 1982, S. 32 ff.

63 Ebd., S. 36 ff.

64 Ebd., S. 44.

Abgleiten in eine Linksdiktatur gewarnt.⁶⁵ Auch Soares hatte Brandt Anfang Februar 1975 brieflich über die Möglichkeit eines Putsches unterrichtet und ihn zudem für die PS-Kampagne zur Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung um die Unterstützung durch einen deutschen Experten für Wahlpropaganda gebeten.⁶⁶ In Gesprächen mit dem neuen Bundeskanzler Helmut Schmidt sowie Brandt in Bonn im Juni 1975 wies Soares nachdrücklich auf das Ziel der portugiesischen Kommunisten hin, die alleinige Macht in Portugal zu übernehmen.⁶⁷ Daraufhin initiierte Brandt das FSKDSP, um Parteien und Regierungen informell mit Informationen und Konzepten zu versorgen, damit eine konzentrierte Unterstützung für Portugal beginnen konnte. In seiner Position als Vorsitzender des Komitees koordinierte Brandt die Aktivitäten für Portugal sowie die Hilfeleistungen für die portugiesischen Sozialisten durch die sozialistischen Parteien in Europa.⁶⁸ Brandt übertrug Kreisky die Aufgabe, sich besonders der Beziehungen zur MFA anzunehmen.⁶⁹ Brandts Hintergedanke war, dass Kontakte zu den nicht-kommunistischen Angehörigen der MFA, die trotz der inneren Auseinandersetzungen über Einfluss verfügten und für den demokratischen Weg Portugals wichtig blieben, auch für Soares hilfreich wären. Außerdem beriefen sich fortan die sozialistischen Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden bei ihren Reisen nach Portugal auf die Absprachen des Komitees. So erklärte der dänische Ministerpräsident Jørgensen bei seinem Aufenthalt in Portugal im August 1975, dass er zwar nicht im Auftrag des Komitees spreche, aber seine Ansichten etwa zur möglichen EG-Mitgliedschaft Portugals mit denen des Komitees übereinstimmen.⁷⁰

Über eine EG-Mitgliedschaft Portugals war in den sozialdemokratischen Netzwerken im Zuge des Demokratisierungsprozesses schon frühzeitig diskutiert worden. Schon kurz nach dem Umsturz des Salazar-Regimes forderte die belgische Partei den SPD-Parteivorstand dazu auf, eine Demarche der sozialistischen Schwesterparteien mit dem Vorschlag an Portugal zu richten, schon vor einer Vollmitgliedschaft an den politischen Organen der EG beteiligt zu werden.⁷¹ Um die Konsolidierung der Demokratie zu sichern, forderten [Esters-]Sabiell und Böll in dem Bericht über ihre Reise nach Lissabon: »Portugal muss – schon lange vor denkbaren formellen Bindungen – von Europa aufgenommen werden.«⁷²

Auf dem Weg Portugals zur EG-Mitgliedschaft und für den erfolgreichen Verlauf der demokratischen Transition war es für die europäischen Sozialisten wichtig, den Einfluss der massiv von der Sowjetunion unterstützten Kommunisten zurückzudrängen. Dafür setzte Brandt auch das FSKDSP ein. Die umfangreichen materiellen und ideellen Hilfeleistungen, die die PS von den westeuropäischen Schwesterparteien erhielt, erfolgten zu einer Zeit, als die Installation eines kommunistischen Regimes in Portugal immer wahrscheinlicher zu werden schien. Später schrieb Brandt in seiner Autobiografie:

»Erst im Frühjahr, dann im Spätsommer und im Herbst 1975 sah es so aus, als würden sie [die Kommunisten] die Hand nach der ganzen Macht ausstrecken. [...] So entstand eine Hilfsaktion

65 Vermerk Dingels betr. Gespräch mit Staatssekretär Prof. Dr. Jorge Campinos anlässlich des Parteitages der französischen Sozialisten in Pau am 1.2.1975, 3.2.1975, AdsD, SPD-PV, 11490.

66 Brief Soares an Brandt, 3.2.1975, AdsD, SPD-PV, 11490.

67 Aufzeichnung Dingels über die Gespräche mit Soares vom 14.–17.6.1975 in Bonn, 18.6.1975, AdsD, SPD-PV, 11490.

68 Briefe Brandts an Palme, Kreisky, den Uyl, Joergensen [sic!], Sorsa und den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Italiens, Bettino Craxi, 23.10.1975, AdsD, SPD-PV, 11821.

69 Brief Brandts an Kreisky vom 18.9.1975, in: AdsD, SPD-PV, 11821.

70 Report of Poul Nielson of Anker Jørgensen [sic!] visit to Portugal from the 11–13 August 1975, 21.8.1975, AdsD, SPD-PV, 11490.

71 Vermerk Dingels für Brandt und Schmidt betr. Schreiben der belgischen Partei bezüglich einer Vollmitgliedschaft Portugals in der EG vom 24.4.1975 an den SPD-PV, 13.5.1975, AdsD, SPD-PV, 11490.

72 Aufzeichnung [Esters-]Sabiell/Böll über die Reise nach Lissabon vom 8. bis 11.5.1974, 14.5.1974, AdsD, Depositum Bruno Friedrich, 1/BFAA 001535.

[...]. Sie vollzog sich im vertrauensvollen Zusammenwirken zwischen einigen sozialdemokratischen Parteiführern. Wir schufen keine neuen Büros, vermieden Publizität, bemühten uns aber um konkrete politisch-moralische Unterstützung.«⁷³

Dabei gaben die Sozialdemokraten auch Hinweise, um die portugiesischen Sozialisten gegen die mögliche Versuchung zu immunisieren, mit den Kommunisten zu koalieren.⁷⁴ Von den SPD-Vertretern wurde dazu in den Gesprächen mit der PS-Parteiführung auf die Entstehungsgeschichte der SPD und die Entwicklung ihrer eigenen programmatischen Ausrichtung verwiesen.⁷⁵ Die Einzelheiten der Hilfsleistungen wurden jedoch öffentlich verschwiegen. Die PS fürchtete, als eine Partei wahrgenommen zu werden, die vom Ausland finanziert wurde.⁷⁶ Jedenfalls konnte die SPD gemeinsam mit ihren europäischen Partnern auf der Grundlage dieses Austausches die portugiesischen Sozialisten überzeugen, dass ein sozialdemokratisches Profil, vergleichbar mit ihrem Godesberger Programm von 1959, nicht nur für ihre innere Stabilität wichtig, sondern auch für zukünftige Wahlen strategisch am aussichtsreichsten sein würde.⁷⁷

Die besondere Leistung der europäischen Sozialdemokraten beim Systemwandel in Spanien und Portugal lag nicht darin, dass sie einen bestimmten Plan zur Demokratisierung beider Länder verfolgt hätten. Ihre transnationalen Aktivitäten zeichneten sich vielmehr durch gezielte Aktionen in entscheidenden Momenten der Transitionsprozesse aus, die die politischen Aktivitäten der spanischen und portugiesischen Sozialisten erheblich erleichterten. Hierzu zählten nicht nur ihr finanzieller und politisch-moralischer Beitrag und ihre Wahlkampfunterstützung. Entscheidend war vor allem ihr informelles Einwirken auf die programmatische Entwicklung der PSOE und der PS zu Parteien westeuropäischen Zuschnitts, wodurch beide zunehmend eine politisch eindeutige und verlässliche Position in den Demokratisierungsprozessen einnahmen. Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im April 1975 wurde die PS mit 38 Prozent mit großem Abstand stärkste Partei in Portugal, gewann bei den ersten Wahlen zur Nationalversammlung 1976 erneut 35 Prozent und stellte mit Soares von 1976 bis 1986 den Premierminister. Die PSOE konnte sich bei den ersten freien Parlamentswahlen ebenfalls mit großem Abstand vor der Kommunistischen Partei als stärkste Kraft der Linken in Spanien etablieren und übernahm schließlich 1982 erstmals die Regierung.

II. CHRISTDEMOKRATISCHE NETZWERKE: »ÄUßERSTE VORSICHT« ODER PAKT MIT KONSERVATIVEN ANTIKOMMUNISTEN?

Die Kooperation der neu gegründeten spanischen und portugiesischen Parteien aus dem christdemokratischen und liberal-konservativen Spektrum mit den christdemokratischen Parteien der EG trug langfristig zur Demokratisierung des politischen Katholizismus und zur Konsolidierung der neuen Parteiensysteme bei. In beiden Ländern hatte die katholi-

73 *Brandt*, Begegnungen und Einsichten, S. 631.

74 Vermerk Dingels für Brandt betr. die Lage in Portugal, 24.7.1974, AdsD, Depositum Bruno Friedrich, 1/BFAA 001535.

75 Vermerk Dingels für Brandt betr. Empfehlungen für die Gespräche bei den Unterredungen mit Soares und dem Vorstand der Sozialistischen Partei Portugals, 18.10.1974, AdsD, SPD-PV, 11484.

76 Brief Veronika Isenberg, Referentin der Internationalen Abteilung beim SPD-Parteivorstand, an Eugen Glombig, Mitglied des Bundestages und der SPD-Bundestagfraktion, 19.9.1974, AdsD, SPD-PV, 11484.

77 Vermerk Dingels für Brandt betr. Empfehlungen für die Gespräche bei den Unterredungen mit Soares und dem Vorstand der Sozialistischen Partei Portugals, 18.10.1974, AdsD, SPD-PV, 11484.

sche Kirche in den 1930er Jahren für die neu errichteten Diktaturen Stellung bezogen. In Portugal unterstützte sie nachdrücklich die korporative Verfassung *Estado Novo* von 1931 und im spanischen Bürgerkrieg Franco gegen den radikalen Antiklerikalismus, der vor allem unter den Kommunisten, Anarchisten und Sozialisten bei den Republikanern stark ausgeprägt war. Dagegen gelang es den EVP-Parteien nicht, die Parteienstruktur im Mitte-Rechts-Spektrum kurzfristig wesentlich zu beeinflussen sowie rasch starke Schwesterparteien zu identifizieren und in ihre transnationalen institutionalisierten und informellen Netzwerke zu integrieren. Die beiden heutigen EVP-Parteien, die seit 1989 unter diesem Namen firmierende spanische *Partido Popular* (PP) und die portugiesische *Partido Social Demócrata* (PSD), unterhielten Mitte der 1970er Jahre nur wenige Kontakte zu den westeuropäischen Christdemokraten. Von Manuel Fraga Iribarne 1976 als *Alianza Popular* (AP) gegründet, war die PP zunächst eine rechts-konservative Partei moderater Franco-Anhänger. Sie wurde vor allem von den britischen Konservativen und der bayerischen Christlich-Sozialen Union (CSU) unterstützt und erst 1991 in die EVP aufgenommen.⁷⁸ Trotz ihrer von Beginn an liberal-konservativen Ausrichtung beantragte die PSD sogar vergeblich die Aufnahme in die SI, bevor sie zunächst dem 1976 gegründeten Bund Liberaler und Demokratischer Parteien Europas beitrug und erst 1996 in die EVP wechselte.⁷⁹

Anders als die SI-Parteien verfügten die westeuropäischen Christdemokraten in Portugal vor der Nelkenrevolution über keine Kontakte und in Spanien nur zu einer heterogenen Allianz von Parteien, die in den Parlamentswahlen 1977 lediglich 1,3 Prozent der Stimmen erzielen sollte.⁸⁰ Diese spanische *Equipo Demócrata Cristiano* [del Estado Español] (EDC[EE]) setzte sich aus fünf Parteien zusammen. Dies waren die beiden national organisierten *Izquierda Democrática* (ID) als moderate Linkspartei unter Führung des früheren Ministers unter Franco, Joaquín Ruiz Giménez, und die *Federación Popular Democrática* (FPC) der Familie Gil Robles sowie drei regionalistische christdemokratische Parteien aus dem Baskenland, Katalonien und Valencia. Im Bürgerkrieg hatten nur in diesen drei Provinzen nennenswerte christdemokratische Gruppen auf Seiten der Republik gekämpft, um die regionale Autonomie gegen einen zentralistischen spanischen Nationalismus zu verteidigen. Einige baskische Exilanten gehörten daher schon zu den Gründern der 1940 in London geschaffenen Exilorganisation *International Christian Democratic Union*.⁸¹ Aus diesem Grunde war auch eine baskische *Equipe* Mitglied in den *Nouvelles Equipes Internationales* (NEI), der 1947 gegründeten Vorläuferorganisation der EVP. Der Sitz der Basken in den 1965 in Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD) umbenannten NEI ging schließlich 1967 an die EDC über. Damals wollten die EUCD-Parteien eigentlich erreichen, dass die EDC sich in eine integrierte, potenziell schlagkräftige, wenngleich zunächst noch im Untergrund operierende politische Partei transformierte, doch dem standen politische und personelle Querelen und die starke regionalistische Identität vor allem der Basken und Katalanen entgegen.⁸² Daher behielten sich die EUCD-Parteien informell vor, für den Fall einer Demokratisierung Spaniens auch zu

78 Thomas Jansen, *Die Europäische Volkspartei. Entstehung und Entwicklung*, Brüssel 2006, S. 164–166.

79 Ebd., S. 210.

80 Josef Thesing, *Die Wahlen in Spanien*, IIS-Info Auslandsinformationen, KAS, 9/1977, 4.7.1977; Richard Gillespie, *Party Funding in a New Democracy: Spain*, in: Peter J. Burnell/Alan Ware (Hrsg.), *Funding Democratisation*, Manchester 1998, S. 73–93.

81 Vgl. Wolfram Kaiser, *Co-operation of European Catholic Politicians in Exile in Britain and the USA during the Second World War*, in: JCH 35, 2000, S. 439–465.

82 UEDC/EUCD, *Procès-verbal de la réunion du bureau*, Rome, 17.12.1966, Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP) 09–004–030; *Appunto per l'on Rumor*, K. J. Hahn, 25.[?].1972, ebd.

anderen politischen Gruppen Kontakte aufzubauen.⁸³ Dennoch erwies sich nach dem Tod Francos die Verbindung zu den EDC-Parteien als institutionalisierte und mentale Barriere gegen eine rasche Neuorientierung der transnationalen Kooperation auf aussichtsreichere Parteineugründungen.

Auch auf Seiten der EG-Parteien unterschied sich die Ausgangslage von derjenigen der Sozialisten. Während der europäische Bund aus der internationalen SI hervorging und im Transitionsprozess marginal war, verhielt es sich bei den Christdemokraten umgekehrt. Diese institutionalisierten ihre Kooperation zunächst in Europa und richteten ab 1947 ihre Energie mit großem Erfolg auf die Gründung und Vertiefung des zunächst von ihnen politisch dominierten kleineuropäischen Integrationsprozesses in der 1951/52 gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der EWG.⁸⁴ Ein erster Weltkongress der christlichen Demokraten fand erst 1956 in Paris mit dem Hauptziel statt, Kontakte mit den lateinamerikanischen Schwesterparteien aufzubauen und zu vertiefen.⁸⁵ Die Weltorganisation blieb von den europäischen Parteien dominiert und spielte – anders als bei den Sozialisten – keine nennenswerte Rolle im Systemwandel auf der iberischen Halbinsel. Selbst die EUCD, die Arbeitsgruppen für Spanien und Portugal einrichtete, war 1974/76 insofern nur noch eingeschränkt handlungsfähig, als sie auch Parteien von außerhalb der EG umfasste und die EVP-Gründung bevorstand. Die EUCD entschied zwar Grundsatzfragen wie die Mitgliedschaft spanischer und portugiesischer Parteien, aber Abgeordnete der CD-Fraktion im EP koordinierten multinationale Informationsreisen, um solche Entscheidungen vorzubereiten. Das gilt etwa für die beiden Reisen nach Portugal im Juli und Dezember 1974, die von den CD-Fraktionsvorsitzenden Hans-August Lücker von der CSU (1970/75) und Alfred Bertrand (1975/77) von der wallonischen *Parti Social Chrétien* geleitet wurden.⁸⁶ Dabei wurden die Aktivitäten der transnationalen Akteure EUCD und CD-Fraktion von den laufenden hitzigen Debatten über die Gründung der EVP, ihre programmatische, vor allem wirtschaftspolitische Ausrichtung und ihre Kontakte mit stärker konservativen Parteien innerhalb und außerhalb der EG überschattet.

Während die EUCD und CD-Fraktion für die Informationsbeschaffung wichtig waren, Entscheidungen über die offizielle Anerkennung von Schwesterparteien trafen und mit ihren Besuchen eventuell deren innenpolitisches Prestige erhöhen konnten, verfügten sie über keine signifikanten finanziellen Ressourcen. Vor allem aus diesem Grund spielten, wie bei den Sozialisten, einige nationale Mitgliedsparteien eine zentrale Mittlerrolle in bilateralen Kontakten, die nur teilweise mit denjenigen der EUCD und der CD-Fraktion koordiniert waren. Bei den Christdemokraten war dies einerseits die italienische *Democrazia Cristiana*, die angesichts ihrer zentristischen ideologischen Orientierung und ihrer innenpolitischen Kooperation mit den Sozialisten dieses Parteimodell exportieren wollte.⁸⁷ Andererseits waren dies die beiden deutschen Parteien, die Christlich-Demokratische Union (CDU) und die CSU, die allerdings in Spanien als Konkurrenten auftraten. Während die CDU und ihr Vorsitzender Helmut Kohl auf die Gründung der EVP als »Volks-

83 UEDC/EUCD, Procès-verbal de la réunion du bureau, Rome, 17.12.1966, ACDP 09–004–030.

84 Vgl. hierzu *Wolfram Kaiser*, *Christian Democracy and the Origins of European Union*, Cambridge 2007, Kapitel 5–7.

85 Vgl. *Peter Van Kemseke*, *Towards an Era of Development. The Globalization of Socialism and Christian Democracy 1945–1965*, Löwen 2006, S. 365 ff.

86 K. J. Hahn, *Rapport sur un voyage au Portugal*, 2, 3 et 4 mai 1974, o. D., ACDP 009–004–025; K. J. Hahn, *Bref rapport sur la visite de la délégation de groupe démocrate-chrétien du Parlement Européen, accompagnée du secrétaire général adjoint de l'UEDC, au Portugal les 16, 17, et 18 décembre 1974*, 14.1.1975, ebd.

87 Nach der Desintegration der *Democrazia Cristiana* 1992 / 94 sind möglicherweise relevante Quellen der Partei teilweise verloren gegangen oder zumindest verstreut überliefert und bisher nicht zugänglich gemacht worden.

partei« hinarbeitete, die ähnlich wie die CDU linkskatholische, zentristische, katholisch-konservative und liberal-konservative protestantische Parteiflügel in den verschiedenen EG-Parteien integrieren könnte, betrieb die CSU einen Brückenschlag zu konservativen Parteien in der schließlich nach vielen Konflikten 1978 gegründeten Europäischen Demokratischen Union (EDU). Innenpolitisch war die Zeit bis nach der Bundestagswahl 1976 von dem schwelenden Konflikt zwischen der CDU und der CSU und zwischen Kohl und dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß geprägt. Dieser gipfelte schließlich darin, dass die CSU im November 1976 in Wildbad Kreuth kurzzeitig ihre bundesweite Ausdehnung als dezidiert konservative Partei plante, diesen Beschluss jedoch in einer Vereinbarung mit der CDU am 12. Dezember 1976 wieder zurücknahm. Analog hierzu setzte sie in Spanien auf eine enge Kooperation mit stark anti-kommunistischen moderaten Franco-Anhängern, von denen sich die meisten in der 1976 als Koalition von sieben Gruppen gebildeten AP sammelten. Im März 1977 sprach die Wochenzeitschrift *Der Spiegel* davon, die CDU befürchte bereits ein »Kreuth international«. ⁸⁸

Ähnlich wie bei der SPD spielten die Parteistiftungen eine wichtige Rolle, da sie über erhebliche Ressourcen für Reisemittel, Kongresse und Weiterbildungen verfügten und Zugriff auf öffentliche Mittel des BMZ hatten, die sie für Demokratieförderung im weitesten Sinne einsetzen konnten. Die Konflikte zwischen der CDU und der CSU setzten sich allerdings auch hier fort. Die CSU-nahe HSS war erst 1967 gegründet worden und begann Anfang der 1970er Jahre, ihre eigene Auslandsarbeit zu entwickeln. Die HSS stimmte ihre Aktivitäten in Spanien kaum mit denjenigen der CDU-nahen KAS ab. Mitarbeiter der KAS und der CDU wie Heinrich Böx, der erste Leiter des CDU-Büros für Auswärtige Beziehungen ab 1972, mussten in ihren internen Berichten größtenteils spekulieren, welche Aktivitäten die HSS in Spanien plante, die dort sehr eng mit dem deutschen Wahlkonsul in Malaga, dem früheren Nationalsozialisten Hans [»Juanito«] Hoffmann, kooperierte. ⁸⁹

Bei seiner Reise nach Portugal Anfang Juni 1974 sprach Böx dort nicht nur mit Vertretern des *Centro Democrático Social* (CDS), sondern auch der PSD, die damals noch *Partido Popular Democrático* hieß, und mit Mitgliedern der sozialistischen PS. Aus diesen Gesprächen zog er den Schluss, dass alle Parteien rechts von der PS noch »provisorischen Charakter« hätten. Dagegen habe die SI bereits auf ihrer Sitzung in Rom am 7./8. Juni »über weitere und kollektive Maßnahmen zugunsten der portugiesischen Sozialisten beraten«. Böx schlug vor, erst einmal Informationsmaterial über die CDU und die EUCD in Englisch und Französisch zu verteilen und Bildungsseminare für Mitglieder verschiedener Parteien rechts von der PS in Portugal durchzuführen. ⁹⁰

Als Gerd Langguth für die KAS im September 1974 nach Portugal reiste, stellte er in seinem Bericht fest, die »politische Mitte« fehle in Portugal »fast ganz«. ⁹¹ In dem politisch links geprägten Klima in einer sehr labilen Phase der Regimetransformation würden alle anti-marxistischen Gruppen mit Salazars und Caetanos Regime identifiziert. Dagegen sei die politische Linke bereits sehr gut organisiert. Langguth spekulierte, die Sowjetunion und andere Ostblock-Länder, vor allem die Tschechoslowakei, hätten den Kommunisten bereits ein »Startkapital von 130 Millionen Mark« zur Verfügung gestellt und zahlreiche Berater geschickt. Die FES sei in Lissabon »bereits offensichtlich« vertreten, und Brandt

⁸⁸ Kreuth international, in: *Der Spiegel*, 21.3.1977.

⁸⁹ Heinrich Böx, Vermerk, Sondierungsgespräche in Spanien in der Zeit vom 8. bis 10. Dezember 1975, Bonn, 12.12.1975, ACDP 12-001-1261. Siehe hierzu auch *Birgit Aschmann*, »Treue Freunde ...?« Westdeutschland und Spanien 1945-1963, Stuttgart 1999.

⁹⁰ Heinrich Böx, Bericht über eine Reise nach Portugal 31.5. bis 4.6.1974, o. D., ACDP 12-001-1261-731.

⁹¹ Gerd Langguth, Bericht über eine Informationsreise nach Portugal vom 24. bis 27. September 1974, o. D., ACDP 12-001-1261-731.

verfüge bei der PS »über ein besonderes politisches Gewicht«. Von den Parteien rechts von der PS sei die CDS noch »am besten ausgestattet«. Ihr Vorsitzender Diogo Freitas do Amaral hinterlasse einen guten Eindruck. Daneben gab es noch die im Aufbau befindliche *Partido da Democracia Cristã* (PDC), deren Auslandsbeziehungen von dem CSU-Mitglied mit portugiesischer Staatsbürgerschaft, Karl Graf Schönborn, koordiniert wurden.⁹² Generell hätten die CDU und die CSU jedoch einen schweren Stand, »da diesen Parteien in der öffentlichen Meinung Portugals nachgesagt wird, sie hätten das alte Regime allzu freundlich unterstützt«. ⁹³ Noch im Juni 1974 hatte Maria Strauß, die Schwester des CSU-Vorsitzenden, in der Parteizeitung *Bayernkurier* von dem 1968 verstorbenen Salazar als »de[m] wenn auch harte[n], so doch große[n] und weise[n] Staatsmann« gesprochen.⁹⁴

Der CDS gelang es in der Folgezeit, sich rasch als wichtigster Partner der CDU/CSU, der KAS und der EUCD zu etablieren. Dafür waren vor allem zwei Punkte ausschlaggebend. Einerseits schaffte es der PPD/PSD-Vorsitzende Francisco Sá Carneiro, der in dieser Frage informelle Gespräche mit Vertretern der EUCD und der CD-Fraktion in Luxemburg geführt hatte, zunächst nicht, in seiner Partei eine Mehrheit für einen Anschluss an die europäischen Liberalen oder Christdemokraten zu organisieren. Sá Carneiro gab daraufhin die Verantwortung für die Außenbeziehungen seiner Partei ab.⁹⁵ Andererseits gelang es Freitas do Amaral, sich als demokratisch zuverlässiger und integrier, christdemokratisch orientierter Vorsitzender für eine enge Kooperation zu empfehlen und angesichts der Konflikte in der PPD/PSD die Wahlaussichten der CDS rosiger darzustellen.⁹⁶ Am 14./15. Februar 1975 beschloss die EUCD deshalb auch, die CDS »in ihren Bemühungen zu unterstützen und sie in ihrem Kampf gegen jede Form totalitärer Herrschaft zu bestärken«. Die PDC wurde jedoch noch als weiterer möglicher Partner erwähnt.⁹⁷ In den weiteren Kontakten erwies sich die PDC jedoch als Honoratiorenpartei ohne Organisation oder Wählerpotenzial. Schon im Juni 1975 schrieb der EUCD-Exekutivsekretär Josef Müller an den EUCD-Vorsitzenden Kai-Uwe von Hassel, Lücker und andere, die Arbeitsgruppe zu Portugal habe noch »keine Einmütigkeit« in der Frage einer offiziellen EUCD-Mitgliedschaft der CDS erzielen können, aber beschlossen, die Kooperation mit der PDC »sollte (bis auf Null) reduziert werden; die PDC ist nicht als gleichrangig mit der CDS zu behandeln. In persönlichen Gesprächen mit den Spitzen der PDC sollte diesen die Auflösung der Partei empfohlen und der Eintritt ihrer Mitglieder in die CDS angeregt werden.« Müller betonte darüber hinaus ausdrücklich, es »könnte sich eine Situation ergeben, in der erneut Gespräche zwischen EUCD und PPD geführt werden könnten. Es sollten deshalb – wie bisher – persönliche Kontakte mit geeigneten Vertretern der PPD gepflegt werden.«⁹⁸

92 Vgl. auch Karl Graf von Schönborn-Wiesentheid, Bericht über Portugal, o. D., ACDP 12–001–1261–731.

93 Ebd. Zur Geschichte dieser Unterstützung im Kalten Krieg vgl. ausführlich *Aschmann*, »Treue Freunde ...?«.

94 *Bayernkurier*, 22.6.1974.

95 K. J. Hahn, *Bref rapport sur la visite de la délégation du groupe démocrate-chrétien du Parlement Européen, accompagné du secrétaire général adjoint de l'UEDC, au Portugal les 16, 17, 18 décembre 1974*, 14.1.1975, ACDP 09–004–025.

96 Vgl. auch Extrait du procès verbal, Bureau Politique [EUCD], 22.11.1974, Paris, ACDP 09–004–026.

97 UEDC, Sitzung des Politischen Bureaus, Den Haag, 14./15.2.1975, Entschliessung, ACDP 09–004–025.

98 Brief Josef Müller an von Hassel, Kohlmaier, Lücker etc., 11.6.1975, ACDP 09–004–026. Dies geschah zunächst jedoch nicht. Vgl. Brief Karl Graf Schönborn an K. J. Hahn, 22.12.1975, ebd.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1976 erreichte die CDS 16 Prozent gegenüber 25 Prozent für die PSD.⁹⁹ Sie hatte für die Infrastruktur der Partei, für ihr eigenes Bildungsinstitut und für den Wahlkampf erhebliche finanzielle Unterstützung von der KAS und der CDU erhalten.¹⁰⁰ Henning Wegener, der Nachfolger von Böx als Leiter des CDU-Büros für Auswärtige Beziehungen, plädierte in einer Vorlage für Kohl dafür, der Bitte Freitas do Amarals zu entsprechen, die CDS noch für mindestens zwei weitere Jahre zu bezuschussen, damit sie ihre Pressearbeit, kommunale Basis und eine eigene Gewerkschaftsbewegung entwickeln könne. Nach Umfragen habe die CDS Aussichten, die PSD bei den nächsten Wahlen als stärkste Kraft im Mitte-Rechts-Spektrum abzulösen. »Insofern stellt sich eine weitere Zuschussleistung als eine politische Investition ersten Ranges dar.«¹⁰¹

In Spanien, wo die EUCD anders als in Portugal bereits über die EDC als offiziellen Partner verfügte, war das Mitte-Rechts-Spektrum in der Transition bis zu den Wahlen 1977 noch erheblich unübersichtlicher als in Portugal. Manche Parteineugründungen erfolgten durch Mitglieder der Tácito-Gruppe. Diese hatte sich als Netzwerk gemäßigter Gegner des Franco-Regimes konstituiert. Zu ihr gehörte etwa auch Fernando Álvarez de Miranda, ein führendes Mitglied der EDC-Partei ID.¹⁰² Aber auch unter den moderaten Franco-Anhängern wählten Konservative in den europäischen christdemokratischen Parteien mögliche Partner. So schätzte der KAS-Mitarbeiter Josef Thesing den früheren Minister (1962/67) Fraga Iribarne, der bestenfalls »very flimsy democratic credentials« hatte¹⁰³, als »liberal-demokratisch« ein.¹⁰⁴ Andere wie Adolfo Suárez kamen aus der falangistischen Einheitspartei. Suárez hatte darin bis zu Francos Tod eine führende Rolle gespielt, war aber trotzdem weithin unbekannt, als er von König Juan Carlos im Juli 1976 mit der Bildung einer Übergangsregierung beauftragt wurde.

Innerhalb der heterogenen EDC kam es frühzeitig zu heftigen Konflikten, wie sich die Organisation und ihre Mitgliedsparteien gegenüber diesen konservativen Kräften einerseits und den Kommunisten andererseits verhalten sollten. Hierbei erwies sich zunächst die PSOE-Initiative von González, *Coordinación Democrática* (CD), als Spaltpilz für die EDC.¹⁰⁵ Diese Organisation oppositioneller Parteien schloss nämlich die Kommunisten ein, ohne damit notwendigerweise eine spätere Regierungskonstellation nach freien Wahlen zu präjudizieren. Vor dem Hintergrund ihres zuletzt vor allem aus der innerdeutschen Erfahrung der staatlichen Teilung und des Linksradikalismus und Terrorismus in der Bundesrepublik gespeisten vehementen Anti-Kommunismus warnten Vertreter der CDU/CSU

99 Ken Gladdish, Portugal. An Open Verdict, in: Geoffrey Pridham (Hrsg.), *Securing Democracy: Political Parties and Democratic Consolidation in Southern Europe*, London 1990, S. 104–125.

100 Vgl. Dr. Henning Wegener, Vermerk für Herrn PV Dr. Kohl, Bonn, 10.11.1977, betr. Finanzlage und Finanzwünsche der CDS, ACDP 08–009–002/2.

101 Ebd.

102 Vgl. Jonathan Hopkin, *Party Formation and Democratic Transition in Spain. The Creation and Collapse of the Union of the Democratic Centre*, Basingstoke 1999, S. 41.

103 Salvador Giner/Eduardo Sevelia, Spain. From Corporatism to Corporatism, in: Allan Williams (Hrsg.), *Southern Europe Transformed. Political and Economic Change in Greece, Italy, Portugal and Spain*, London 1984, S. 113–142, hier: S. 124. Vgl. auch Cristina Palomares, *The Quest for Survival after Franco. Moderate Francoism and the Slow Journey to the Polls, 1964–1977*, Brighton 2004, Kapitel 4 für Fraga Iribarnes Zeit als Minister 1962–1969.

104 Josef Thesing, Die politische Entwicklung in Spanien nach Francos Tod, Sonderbericht, in: KAS/Institut für Internationale Solidarität 5/1976, 10.3.1976, S. 3.

105 José María Maravall/Julián Santamaría, Political Change in Spain and the Prospects of Democracy, in: Guillermo O'Donnell/Philippe C. Schmitter/Laurence Whitehead (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy*, Baltimore 1986, S. 71–108, hier: S. 82.

und der KAS vor einer solchen Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei.¹⁰⁶ Während die EDC und die regionalistischen Parteien die Kooperation ablehnten, sprach sich eine Mehrheit auf dem ID-Parteitag Anfang April 1976 dafür aus. Daraufhin spaltete sich eine Gruppe um Álvarez de Miranda von ihr ab, der die *Izquierda Democrática Cristiana* (IDC) gründete und somit die Fragmentierung der christdemokratisch orientierten Kräfte in Spanien noch verstärkte.

Laut Thesing setzte Miranda »dann auf die Karte der KAS [...], weil er nach seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland und nach den Gesprächen und Kontakten mit [...] Dr. [Bruno] Heck und dem IIS glaubte, dass seine Position und sein Einfluss durch Druck aus Bonn auf die EDCEE verbessert werden könnten. Seine Anwesenheit auf dem CDU-Parteitag in Hannover sollte seine Stellung verbessern, sie führte allerdings in den EDCEE zu einer stärkeren Distanz zu Álvarez de Miranda.«¹⁰⁷ Die CDU und die KAS fanden jedoch auch nicht zu einer einheitlichen Linie in dieser Frage. Der konservative KAS-Vorsitzende und frühere CDU-Generalsekretär Heck setzte sich für Álvarez de Miranda und eine Öffnung nach rechts ein. Heck war seit 1960 Mitglied der Deutsch-Spanischen Gesellschaft gewesen und auch darin verblieben, als die beiden anderen CDU-Abgeordneten Elisabeth Pitz-Savelsberg und Franz-Josef Wuermeling aus Protest gegen die Verletzung von Menschenrechten durch das Franco-Regime wieder austraten.¹⁰⁸ Um diese Öffnung zu erzwingen, wollte Heck die finanzielle Förderung für das EDC-Bildungsinstitut von der »verantwortlichen« Mitwirkung der Gruppe um Álvarez de Miranda daran abhängig machen.¹⁰⁹

Der CDU-Parteivorsitzende Kohl lehnte das jedoch ab und mahnte zu »äußerster Vorsicht«.¹¹⁰ Für ihn besaß ein erfolgreicher Start der EVP oberste Priorität. Die CDU konnte es sich daher nicht leisten, die zentristischen Parteien in der EUCD vor den Kopf zu stoßen. Außerdem stand Kohl innerparteilich unter dem Druck der CDU-Nachwuchsorganisationen und der Linkskatholiken wie Norbert Blüm, zumindest jede Zusammenarbeit mit früheren Franco-Anhängern, wie sie von der CSU betrieben wurde, zu verhindern. So forderte der neu gewählte Vorsitzende des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten, Friedbert Pflüger, Kohl offenbar in einer CDU-Vorstandssitzung Anfang 1977 auf, angesichts der CSU-Kontakte zur AP gegenüber den Franquisten für »klare Verhältnisse zu sorgen«.¹¹¹ Die KAS hielt daher auch das im September 1975 gegründete EDC-nahe *Instituto de Investigación Socio-Política* vorerst mit Mitteln des BMZ finanziell über Wasser und führte ihre 1973 begonnene Subventionierung der EDC-Parteien fort.¹¹² Sie veranstaltete außerdem gemeinsam mit der Akademie Eichholz einige Tagungen für führende spanische EDC-Parteimitglieder.

Nach dem von Suárez initiierten und trotz des Boykottaufrufs der Kommunisten und der PSOE sehr erfolgreichen Verfassungsreferendum im Dezember 1976 überschlugen sich die Ereignisse. Auch die KAS, die anders als die FES erst ab Anfang 1977 offiziell mit einem Büro in Madrid vertreten war¹¹³, wurde davon überrollt. Die Gruppe Álvarez de

106 So in einem Gespräch mit EDC-Vertretern am 22.–24. März 1976. Vgl. Josef Thesing, Vermerk für Herrn Dr. Heck, betr. Projektarbeit in Spanien, 21.6.1976, ACDP 12–001–1261–731.

107 Ebd.

108 Kurzbiographie Bruno Heck, ACDP 01–022.

109 Heck, Vermerk für Dr. Kraft, 23.6.1976, ACDP, 12–001–1261–731.

110 Ebd.

111 Münchner Merkur, 11.5.1977.

112 Josef Thesing, IIS/KAS, Vermerk, Projektarbeit in Spanien, 23.2.1976; Josef Thesing, Vermerk für Herrn Dr. Heck, betr. Projektarbeit in Spanien, 21.6.1976, ACDP 12–001–1261–731. Vgl. auch *Nicolás Sartorius/Alberto Sabio*, *El final de la Dictadura. La conquista de la democracia en España* (noviembre de 1975 – junio de 1977), Madrid 2007, S. 665.

113 Vgl. *Gerlinde Freia Niehus*, *Außenpolitik im Wandel. Die Außenpolitik Spaniens von der Diktatur Francos zur parlamentarischen Demokratie*, Frankfurt am Main 1989, S. 516.

Miranda integrierte sich in eine neue Partei, die *Partido Demócrata Cristiano*, die sich ihrerseits der im Januar 1977 gegründeten Parteienallianz *Centro Democrático* (CD) anschloss. Gemäß der rückblickenden Einschätzung eines Tácito-Mitglieds war diese Allianz zunächst »a kind of dining club or conversation between Liberals, Christian Democrats and Social Democrats«. ¹¹⁴ Allerdings war inzwischen Suárez – anders als die EDC-Parteiführer – mit einer Zustimmungsrate zu seiner Politik der Demokratisierung von 67 Prozent außerordentlich populär geworden. ¹¹⁵ Der Premierminister nutzte das CD als Vehikel für die bevorstehenden Wahlen und erweiterte und transformierte es für diesen Zweck zur *Unión de Centro Democrático* (UCD) als einer Allianz aus 14 Parteien. Bei der Aufstellung der Wahllisten sorgte Suárez durch seine Interventionen dafür, dass schließlich 17,5 Prozent der gewählten UCD-Abgeordneten frühere Mitglieder der franquistischen Cortes waren ¹¹⁶, wengleich deren Anteil an den AP-Abgeordneten noch erheblich höher war. ¹¹⁷ Mit 34 Prozent der Stimmen erhielt die UCD eine einfache Mehrheit der Stimmen, aufgrund des Wahlrechts jedoch 47 Prozent der Sitze und konnte somit die erste frei gewählte Regierung Spaniens stellen.

Die EUCD, die CDU und die KAS vermochten keinen wesentlichen Einfluss auf diese beschleunigte Transformation des Parteienspektrums vor den ersten freien Wahlen zu nehmen. Zunächst hofften die EDC-Parteien noch, Ausgangspunkt einer Sammlung der politischen Mitte zu werden. Anfang 1977 nahm der EUCD-Vorsitzende von Hassel am EDC-Parteitag teil. Von Hassel und die KAS versuchten, die EDC-Parteien zu einer Kooperation mit der CD/UCD zu bewegen. Eine knappe Mehrheit in der EDC unterstützte zwar die Integration in die UC/UCD. Diese war aus satzungstechnischen Gründen jedoch nicht ausreichend. ¹¹⁸ Die regionalistischen Parteien lehnten außerdem nicht zuletzt wegen des nationalistischen Zentralismus des Franco-Regimes eine Kooperation mit früheren Franquisten ab. Als vor den Wahlen immer klarer wurde, dass von den Mitte-Rechts-Gruppierungen nur die UCD realistische Aussichten hatte, die PSOE zu besiegen und die Regierung zu bilden, traf sich Kohl im Mai 1977 öffentlichkeitswirksam mit Suárez. ¹¹⁹ Eine engere Kooperation mit der UCD wurde jedoch erst nach den Wahlen möglich und dann vor allem mit Hilfe der von der KAS und der UCD Ende 1977 gegründeten *Fundación Humanismo y Democracia* gestaltet, während die UCD als Parteienallianz vorerst nur einen Beobachterstatus bei der EUCD erhielt. ¹²⁰

Den westeuropäischen Christdemokraten gelang es in Spanien also nicht, die Neuordnung des entstehenden Parteiensystems kurzfristig zu beeinflussen. Die EUCD hielt sehr lange an der EDC fest, obwohl deren Organisationsgrad kümmerlich war und ihre Ergebnisse in Meinungsumfragen kontinuierlich absackten, bis sie schließlich nach den Wahlen noch nicht einmal in den Cortes Generales vertreten war. Die CDU und die KAS gerieten in dieser Situation zwischen alle Stühle. Die strategische Priorität des CDU-Vorsitzenden Kohl war es, die EVP erfolgreich zu gründen und die bundesweite Ausdehnung der CSU zu verhindern. Dafür durfte er weder die zentristischen EUCD-Parteien zu

114 *Hopkin*, Party Formation, S. 42.

115 Ebd., S. 45.

116 *Carlos Barrera*, Historia del proceso democrático en España. Tardofranquismo, transición y democracia, Madrid 2002, S. 120.

117 Vgl. auch *Carlos Huneeus*, La Unión de Centro Democrático y la transición a la democracia en España, Madrid 1985.

118 Die Situationsproblematik der DC in Spanien unmittelbar vor den Wahlen. Vertrauliche Hinweise für die Gespräche von Herrn Dr. Kohl mit Vertretern der »Equipo Democrático Cristiano« = EDC und »Partido Democrática Cristiana« = PDC [sic!] sowie zur Vorbereitung der Pressekonferenz, o. D., ACDP

119 *Niehus*, Außenpolitik im Wandel, S. 516.

120 Ebd., S. 517.

stark unter Druck setzen, um eine Öffnung für eine Kooperation mit moderaten Franquisten zu erreichen, noch die CSU zu sehr durch eine Kooperation mit Parteien wie der ID provozieren, deren anti-kommunistischer Stallgeruch nicht hinreichend streng war. Letztlich nahmen Kohl, die CDU-Führung und die KAS die eigenständige, auf die Kooperation mit Fragas AP gerichtete Strategie der CSU und der HSS hin. Diese zweigleisige Förderung verschiedener Gruppierungen im Mitte-Rechts-Spektrum sollte sich für die CDU und die CSU später als günstig erweisen, als die UCD in den Wahlen 1982 auf 6,8 Prozent und 11 Sitze abstürzte und sich 1983 auflöste, während die AP von nur 6,1 auf 26,4 Prozent und 107 Sitze wuchs¹²¹ und danach in einer neuen Allianz mit den Christdemokraten aus der UCD schließlich zum langfristigen Partner der EVP wurde.¹²² Allerdings war diese Entwicklung 1976/77 keinesfalls absehbar gewesen.¹²³

Immerhin erwies sich für die westeuropäischen Christdemokraten der mittelfristig angestrebte EG-Beitritt Spaniens und Portugals als unproblematisch in den transnationalen Parteienbeziehungen. Schon im Februar 1975 beschloss die EUCD formell, die Annäherung Portugals als Gründungsmitglied der Europäischen Freihandelsgemeinschaft (EFTA) an die EG im Zuge des Demokratisierungsprozesses zu unterstützen.¹²⁴ Dasselbe hatte sie den spanischen Christdemokraten früher schon zugesagt. Zugleich befürworteten alle neuen Parteien im Mitte-Rechts-Spektrum in beiden Ländern genauso wie die PS bzw. die PSOE die Integration in die EG vor allem zur Stabilisierung der Demokratie und zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung. Dagegen war eine mögliche Mitgliedschaft in der NATO zunächst umstritten. So plädierte Alvarez de Miranda beispielsweise zunächst für die Neutralität.¹²⁵ Als sich die portugiesische CDS in den 1980er Jahren dann zusehends zu einer euroskeptischen Rechtspartei entwickelte, schloss die EVP sie aus, um ihre im wesentlichen föderalistische programmatische Orientierung zu schützen. Auf diese Weise wurde schließlich auch der Weg für die Integration der von Anfang an viel stärkeren PSD in die EVP frei.

III. VERGLEICH: ZIELE, METHODEN, WIRKUNGEN

Ähnlich wie im Reformprozess in Ostmitteleuropa in den 1990er Jahren verfolgten die sozial- und christdemokratischen Netzwerke schon in der Transition Spaniens und Portugals in den 1970er Jahren durchaus gemeinsame strategische Ziele. Das betrifft *erstens* den Aufbau funktionsfähiger parlamentarischer Demokratien und deren mittelfristige Stabilisierung. Der chaotische Übergangsprozess nach dem Kollaps der korporatistischen Diktatur in der Nelkenrevolution in Portugal 1974/75 und der Putschversuch in Spanien 1981 machten hinreichend deutlich, wie labil die neuen demokratischen Strukturen zu-

121 *Ingrid von Biezen*, *Political Parties in New Democracies. Party Organization in Southern and East-Central Europe*, Basingstoke 2003, S. 81; *Leonardo Morlino*, *Democracy between Consolidation and Crisis. Parties, Groups, and Citizens in Southern Europe*, Oxford 1998, S. 189–190; *Richard Gunther*, *El colapso de UCD*, in: *Juan J. Linz/José Ramón Montero* (Hrsg.), *Crisis y cambio. Electores y partidos en la España de los años ochenta*, Madrid 1986, S. 433–492.

122 Zur PP vgl. auch *Lourdes López Nieto*, *Alianza Popular: Estructura y evolución electoral de un partido conservador (1976–1982)*, Madrid 1988.

123 Zu ihrer Politik gegenüber Spanien haben sich weder Kohl noch Strauß in ihren Memoiren geäußert. Vgl. *Franz Josef Strauß*, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989; *Helmut Kohl*, *Erinnerungen 1930–1982*, München 2004.

124 UEDC, Sitzung des Politischen Bureaus, Den Haag, 14./15.2.1975, Entschliessung, ACDP 09–004–025.

125 *Marianne Kneuer*, *Demokratisierung durch die EU. Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich*, Wiesbaden 2007, S. 191.

nächst waren. Mit der partiellen Einschränkung des innenpolitisch motivierten Interesses der französischen Sozialisten an einer Kooperation mit den Kommunisten zielten die SI und der Bund sowie die EUCD/EVP und ihre Mitgliedsparteien *zweitens* darauf ab, die anti-kommunistischen politischen Kräfte zu stärken und deren ideologisches Profil im wesentlichen mit der Programmatik der EG-Parteien kompatibel zu machen, d. h. vor allem stärker klassisch marxistische bzw. autoritär-korporatistische Traditionen zu überwinden. *Drittens* sollte die Demokratisierung beider Länder und die Reform der nicht-kommunistischen Parteien und ihrer Programme durch eine Europäisierung der iberischen Halbinsel unterstützt werden. Sowohl der sozialdemokratische Bund als auch die EUCD/EVP unterstützten frühzeitig das Ziel eines EG-Beitritts Spaniens und Portugals. Die EG-Mitgliedschaft versprach ökonomische Wohlfahrtsgewinne durch Marktintegration und Struktur- und Regionalförderung sowie Legitimitätsgewinne für die neuen politischen Systeme. Die grundsätzliche strategische Präferenz für die EG-Erweiterung um Spanien und Portugal wurde allerdings in den Beitrittsverhandlungen zeitweise durch politisch gut organisierte, sektorale protektionistische Wirtschaftsinteressen durchkreuzt. Diese übten vor allem einen starken Einfluss auf die Verhandlungsposition Frankreichs aus, besonders hinsichtlich der Gestaltung von Übergangsfristen für die Integration beider Staaten in die GAP und die Freizügigkeit.

Die Sozialdemokraten und die Christdemokraten nutzten auch sehr ähnliche Methoden, um ihre neuen Schwesterparteien zu fördern. Angesichts unterentwickelter zivilgesellschaftlicher Strukturen in beiden Ländern¹²⁶ setzten sie vor allem auf eine enge Kooperation mit den Partieliten, vor allem herausragenden Persönlichkeiten wie González und Soares bei den Sozialisten sowie Suárez und Freitas do Amaral bei den Christdemokraten; Bildungsarbeit, um die programmatische Entwicklung der Parteien im Transitionsprozess zu europäisieren, und erhebliche finanzielle Unterstützung, die vor allem von der SPD, der CDU und der CSU sowie den mit ihnen verbundenen Stiftungen vermittelt wurde. Diese finanzielle Hilfe bestand zu einem guten Teil aus von den Stiftungen beim BMZ formell zu beantragenden, aber großzügig bewilligten staatlichen Zuwendungen. Alle Parteien nutzten jedoch auch private Spenden, um die Parteien auf der iberischen Halbinsel direkt unterstützen zu können.¹²⁷ Diese Spenden wurden größtenteils gestückelt, nicht deklariert und heimlich nach Spanien und Portugal transferiert. Wie der vom Deutschen Bundestag 1984 eingesetzte Untersuchungsausschuss zur Flick-Affäre feststellte, gab allein der Flick-Konzern in den 1970er Jahren etwa 25 Millionen DM an die SPD, CDU, CSU und FDP. Diese Gelder flossen größtenteils illegal an gemeinnützige parteinahe Organisationen und von dort teilweise nach Spanien und Portugal.¹²⁸ Alle vier Parteien waren sich damals einig, dass insoweit der übergeordnete Zweck der Demokratieförderung die Mittel heiligte.

Unterhalb dieser im Wesentlichen gemeinsamen strategischen Ziele, Interessen und Methoden waren der sozialdemokratische Bund und die EVP primär daran interessiert, ihre eigene Position in der EG und im EP langfristig zu stärken. Zwischen den jeweiligen internationalen, EG-basierten und bilateralen Netzwerken bestand der wichtigste Unterschied in dem starken Einfluss der SI bei den Sozialdemokraten, während der Bund

126 Vgl. hierzu *Omar G. Encarnación*, *The Myth of Civil Society: Social Capital and Democratic Consolidation in Spain and Brazil*, Basingstoke 2003.

127 Vgl. *Kohler*, *Politischer Umbruch*; *Michael Pinto-Duschinsky*, *Foreign Political Aid. The German Political Foundations and their US Counterparts*, in: *International Affairs* 67, 1991, S. 33–63.

128 Vgl. auch *Thomas Ramge*, *Die großen Politik-Skandale. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 2003. Vgl. zu den Ursprüngen der Spendenpraxis in der CDU in zeithistorischer Perspektive *Frank Bösch*, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart/München 2001, Kapitel V.

der EG-Parteien organisatorisch schwach und in der zentralen Frage einer fortgesetzten Integration gespalten war, vor allem nach dem Linksruck der Labour Party nach der Wahlniederlage 1979 und ihrem Plädoyer für einen EG-Austritt. Hingegen war die Weltorganisation der Christdemokraten erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre von den Parteien der damaligen westeuropäischen NEI initiiert worden und spielte im Demokratisierungsprozess Spaniens und Portugals keine Rolle.

Innerhalb der teils überlappenden internationalen, EG-basierten und bilateralen Netzwerke erwiesen sich bei den Sozial- und Christdemokraten jeweils zwei bzw. drei nationale Parteien als besonders einflussreich, die über besondere finanzielle, politische und kulturelle Ressourcen verfügten. Das galt sowohl für die SPD, vor allem hinsichtlich der Parteigründung der portugiesischen Sozialisten 1973, als auch für die CDU und die CSU, die wesentlichen Einfluss auf die EVP-Gründung 1976 und auf die Kooperation mit vielfach stärker konservativen Parteien außerhalb der EG in der Europäischen Demokratischen Union ausübten. Für alle drei Parteien erwiesen sich ihre Auslandsbüros und die Kooperation mit den ihnen nahe stehenden Stiftungen als wichtige Ressourcen. Bei den Sozialisten spielte daneben die Labour Party, bei den Christdemokraten die italienische DC eine wichtige Rolle in den verschiedenen Netzwerken.

Die Präferenzen der verschiedenen Netzwerk-Akteure für den Transitionsprozess in Spanien und Portugal reflektierten dabei in hohem Maße innenpolitische und innerparteiliche Konfliktlinien, wie das Beispiel Mitterrands und seiner Präferenz für eine Kooperation mit den Kommunisten unter den Bedingungen der traditionellen Links/Rechts-Spaltung des französischen Parteiensystems verdeutlicht. Bei den europäischen Christdemokraten lautete die Kernfrage, ob man nur die zentristischen und regionalistischen christdemokratischen Parteien unterstützen oder darauf hinarbeiten sollte, dass sich auf der iberischen Halbinsel große Volksparteien wie die CDU und CSU bildeten. Diese würden versuchen, alle politischen Mitte-Rechts-Kräfte zu integrieren, d. h. von den dort schwachen Linkskatholiken über die regionalistischen Christdemokraten bis zu katholisch-konservativen Kreisen, die das Franco-Regime unterstützt hatten. Genauso wie in der parallel diskutierten EVP/EDU-Frage drängen die zentristischen Parteien aus Italien und den Benelux-Ländern auf eine limitierte Lösung, während die CDU und vor allem die CSU auf die Kooperation mit den britischen Konservativen und mit größeren Volksparteien in Spanien und Portugal setzten. Die CSU und ihr Vorsitzender Strauß in Kooperation mit der HSS drängten massiv auf eine solche Lösung und wollten mit diesem Ziel in Spanien mit der AP/PP kooperieren.

Die Untersuchung der Aktivitäten parteipolitischer Netzwerke im Transitionsprozess in Spanien und Portugal verdeutlicht außerdem, in welchem Maße der Erfolg von finanziellen Transfers, Weiterbildungsprogrammen und Kooperationen mit den neuen Parteiliten von nationalen strukturellen historischen Prägungen der neuen Parteiensysteme abhing. Der viel größere Erfolg der sozialdemokratischen Netzwerke, die in beiden Staaten nach einem kurzen Übergangszeitraum über gut organisierte, erfolgreiche sowie ideologisch und in der Frage der europäischen Integration kompatible Partner verfügten, erklärt sich nicht zuletzt mit dem Übergang von Rechtsdiktaturen zu parlamentarischen Systemen. In beiden Staaten gab es ausgeprägte sozialistische Parteitraditionen aus der Zeit vor 1936 bzw. 1927, eine starke Präsenz im Exil sowie in Spanien nach Beendigung des Konflikts zwischen den beiden Flügeln eine einzige nationale Partei. Das Mitte-Links-Spektrum war nach dem Übergang zur parlamentarischen Demokratie zunächst hegemonial. Der demokratische politische Katholizismus war in beiden Ländern kaum entwickelt und die christdemokratisch-zentristische Tradition in Spanien vor allem ein regionales und regionalistisches Phänomen¹²⁹, besonders im Baskenland und in Katalonien, so dass sich

129 Vgl. auch *Richard Gillespie*, Regime Consolidation in Spain. Party, State, and Society, in: *Pridham*, Securing Democracy, S. 126–146, hier: S. 126.

die Option starker christdemokratischer Parteien in der Mitte des politischen Spektrums wie in Belgien und den Niederlanden nach kurzer Zeit zerschlug. Erst danach gingen die EVP und ihre Mitgliedsparteien dazu über, nach anderen Parteien als Partner zu suchen, bis schließlich die vollständig demokratisch gewendete spanische PP und die portugiesische PSD aufgenommen wurden.

Neben den strukturellen Prägungen bestimmte auch die Normresonanz, wie dies Sozialwissenschaftler im Kontext der EU-Osterweiterung genannt haben, eine wichtige Rolle, d. h. inwieweit von Netzwerken vermittelte politische Leitideen im Europäisierungsprozess nicht nur von kleinen Eliten, sondern auch von den Wählern positiv aufgenommen wurden. In beiden Ländern war die entscheidende Frage des angestrebten EG-Beitritts anders als in Griechenland mit den zunächst stark euroskeptischen Sozialisten unstrittig. Dennoch wirkten im konservativ-katholischen Milieu die nationalistischen Legitimitätsdiskurse der Diktaturen in Abgrenzung zu »Europa« nach und erschwerten zunächst politische Lern- und Transferprozesse. Wegen der raschen formalen Konversion kommunistischer Parteien zu den neuen parlamentarischen Systemen in Ostmitteleuropa nach 1989/90 war dies für den 1992 in »Partei der Europäischen Sozialisten« umgegründeten Bund im dortigen Transitionsprozess weniger problematisch. Allerdings waren die strukturellen Voraussetzungen für den Einfluss von parteipolitischen Netzwerken im Übergang von Linksdiktaturen zu parlamentarischen Demokratien in Ostmitteleuropa insgesamt deutlich ungünstiger für die westeuropäischen Sozialisten als für die EVP und ihre Mitgliedsparteien.

IV. SCHLUSS

Genauso wie die zeithistorische Forschung zu politischen Netzwerken insgesamt ist auch diejenige zu Parteiennetzwerken in Transitionsprozessen und innerhalb der heutigen EU mit einigen methodischen Herausforderungen konfrontiert. Dazu zählt die fragmentierte Überlieferung schriftlicher Quellen, in dem hier diskutierten Fall zunächst die sehr unterschiedlich systematische Erfassung schriftlicher Quellen in Parteiarchiven, so dass beispielsweise für die frühere italienische DC gar keine relevanten Quellen überliefert bzw. derzeit zugänglich sind. Politisch und rechtlich sensible Fragen wie die Höhe der finanziellen Zuwendungen an spanische und portugiesische Parteien und ihre Transferwege vor allem in der frühen Phase nach dem Ende der Diktaturen lassen sich kaum rekonstruieren. Zugleich ist für viele Kontakte innerhalb von Netzwerken deren informelle Natur charakteristisch, so dass zahlreiche Informationen ohnehin nicht schriftlich überliefert sind. Interviews mit Zeitzeugen können dieses Defizit wegen des großen Abstands zum Untersuchungszeitraum kaum kompensieren. Außerdem erfordern die sich teilweise überlappenden internationalen, EG-basierten und bilateralen Netzwerke einen systematisch multilateralen und multi-archivischen Forschungsansatz, was wiederum nur in größeren Projekten und durch Kooperationen realisierbar erscheint. Um den möglichen Einfluss der parteipolitischen Netzwerke auf die Entwicklung des spanischen und portugiesischen Parteiensystems – in Relation zur EG-Politik und innenpolitischen Faktoren – einzuschätzen, bedürfte es auch einer stärkeren europäischen Kontextualisierung der Historiografie zur Zeitgeschichte Spaniens und Portugals.

Dennoch birgt die Erforschung der Konstituierung, der Strukturen und Aktivitäten von politischen und *policy*-Netzwerken in zeithistorischer Perspektive großes Potenzial für eine Zeitgeschichte Europas, die sich um eine Integration gesellschaftsgeschichtlicher mit politik- und institutionengeschichtlichen Aspekte der heutigen EU und ihrer Erweiterungen bemüht.¹³⁰ Ohne Netzwerke als konzeptionellen Zugang gewählt zu haben, wiesen

130 Vgl. Kaiser, *Bringing History Back In*; Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht/Morten Rasmussen, *Origins of a European Polity. A New Research Agenda for European Union History*, in: *dies.*

zeitgenössische politikwissenschaftliche Studien zu internationalen Dimensionen von Demokratisierung immerhin bereits auf die Rolle staatlicher und nicht-staatlicher ausländischer Akteure in Transitionsprozessen hin. Vor allem Laurence Whitehead, Geoffrey Pridham und Charles Powell konstatierten die Versuche auch von parteipolitischen Akteuren, den Systemwechsel zu beeinflussen.¹³¹ Diese Literatur verfügte jedoch noch nicht über geeignete Konzepte und Instrumente zur genaueren Rekonstruktion von deren Rolle. In der elitengesteuerten Transition auf der iberischen Halbinsel waren die nationalen Parteien jedoch zentrale Akteure, die den Prozess der Demokratisierung und der Annäherung an die EG maßgeblich beeinflussten.¹³² Zugleich erleichterten die transnationalen parteipolitischen Netzwerke mit ihren aus der Netzwerkforschung bekannten informellen Funktionen die Sozialisierung der neuen Parteieliten und den Transfer von Ideen und Institutionen. Zu diesen Funktionen zählten vor allem deren diskrete Arbeitsweise ohne wesentliche öffentliche Resonanz und Konfliktpotenzial, die Identifizierung von passenden Partnern, die bereits im Spätstadium der Diktaturen und in der frühen Transition einsetzte, sowie die Schaffung transnationalen sozialen Kapitals, vor allem gegenseitigen Vertrauens, was sich später noch als nützlich für die Entschärfung von Krisen in den EG-Beitrittsverhandlungen erwies.

Eine umfassender angelegte, integrierte Gesellschafts- und Politikgeschichte der EU-Erweiterungen dürfte allerdings nicht bei der Analyse von Netzwerken parteipolitischer Eliten verharren.¹³³ Stattdessen sollte sie weitere transnationale Phänomene aus Transitions- und Integrationsprozessen berücksichtigen, also beispielsweise Handel, Migration und Tourismus. Als die beiden iberischen Diktaturen kollabierten, war Portugal als Gründungsmitglied längst in der EFTA und hatte Spanien ein Handelsabkommen mit der EG

(Hrsg.), *The History of the European Union. Origins of a Trans- and Supranational Polity 1950–72*, London 2008, S. 1–11; *Wolfram Kaiser/Michael Gehler/Brigitte Leucht*, *Networks in Informal European Governance. Diachronic Perspectives on the European Union as a Multi-Level Polity*, in: *dies.* (Hrsg.), *Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem. Von 1945 bis zur Gegenwart*, Wien/Köln etc. 2009, S. 9–26.

131 Vgl. *Laurence Whitehead*, *Democracy by Convergence and Southern Europe. A Comparative Politics Perspective*, in: *Pridham*, *Encouraging Democracy*, S. 45–62; *Laurence Whitehead*, *Democracy by Convergence. Southern Europe*, in: *ders.*, *The International Dimensions of Democratization*, S. 261–284; *Pridham*, *The Politics of the European Community*, S. 212–245; *ders.*, *European Integration and Democratic Consolidation in Southern Europe*, in: *António Pinto Costa/Nuno Severiano Teixeira* (Hrsg.), *Southern Europe and the Making of the European Union. 1945–1980*, New York 2002, S. 183–207; *Charles Powell*, *La dimensión exterior de la transición política española*, in: *Revista del centro de estudios constitucionales* 18, 1994, S. 74–116; *ders.*, *International Aspects of Democratization. The Case of Spain*, in: *Whitehead*, *The International Dimensions of Democratization*, S. 285–315. Zum generellen Zusammenhang von internationalem Kontext und Demokratisierung vgl. auch *Laurence Whitehead*, *International Aspects of Democratization*, in: *O'Donnell/Schmitter/Whitehead*, *Transition from Authoritarian Rule*, S. 3–46; *Geoffrey Pridham*, *International Influences and Democratic Transitions. Problem of Theory and Practice in Linkage Politics*, in: *ders.*, *Encouraging Democracy*, S. 1–28; *ders.*, *The International Context of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*, in: *Richard Gunter/P. Nikiforos Diamandouros/Hans-Jürgen Puhle* (Hrsg.), *The Politics of Democratic Transition. Southern Europe in Comparative Perspective*, Baltimore 1995; S. 166–202; *Geoffrey Pridham*, *The Dynamics of Democratization. A Comparative Approach*, London 2000.

132 Vgl. *Hans-Jürgen Puhle*, *Politische Parteien und demokratische Konsolidierung in Südeuropa*, in: *Wolfgang Merkel/Eberhard Sandschneider* (Hrsg.), *Systemwechsel 3: Parteien im Transformationsprozeß*, Opladen 1997, S. 143–169. Aus einer spieltheoretischen politikwissenschaftlichen Sicht siehe *Christopher Hill*, *The Role of Elites in the Spanish Transition to Democracy (1975–1981)*. *Motors of Change*, Lewiston 2007.

133 *Kaiser*, *Brussels Calling*.

abgeschlossen, so dass die Marktöffnung und der Handel bereits fortgeschritten waren. Dazu kamen gesellschaftliche Vernetzungen durch die starke Arbeitsmigration aus Spanien und Portugal in EG-Länder und der in Spanien seit den 1960er Jahren rapide wachsende Tourismus. Diese Voraussetzungen galten in den ostmitteleuropäischen Staaten nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft nicht, was womöglich die EU-Erweiterung erschwerte und ihre Legitimität schwächte. Ähnliche strukturelle Voraussetzungen gelten hingegen für die Türkei, für deren Aufnahme in die EU jedoch gerade wegen der wechselseitigen Erfahrung mit Migration und einer viel weniger erfolgreichen sozialen Integration die kulturellen Barrieren weitaus höher zu sein scheinen. Insofern erlaubte eine solche transnationale Erweiterungsgeschichte der EU auch interessante vergleichende Einblicke in Demokratisierungs- und Integrationsprozesse in einer längerfristigen diachronen Perspektive, die sozialwissenschaftliche Forschung zu Demokratisierung und EU-Politik bisher vernachlässigt hat.